

ENERGIE-INFO

Berichte und Nachrichten aus dem Energiebereich

Liebe Leserinnen und Leser,

zum zweiten Mal im Jubiläumsjahrgang 2012 Aktuelles aus den letzten drei Monaten: So zeigt Ihr Bildschirm die neueste Energie-Info an. Aufgrund verschiedener aktueller Entwicklungen (auch BUND-intern) ist sie dieses Mal recht „dick“ geworden. Wieder gibt es eine Reihe von Informationen, die interessant, aber nicht „überall“ zu finden sind.

Wer Veränderungen vorschlagen möchte oder Kritik und / oder Anregungen hat: Meinungen bitte an meine Email-Adresse (siehe S.4).

Michael Carl

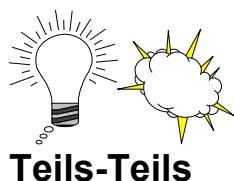
Redaktionsschluss: 07.05.2012

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
Literaturhinweise	4



Feldheim als Gegenbild zu Fukushima.....	5
Atommeiler: Keine Neubauten in Großbritannien.....	6
Frankreich: Atomkraftwerk bleibt abgeschaltet.....	7
Neuartige Turbinen schonen die Umwelt.....	7
Bis zu 109 neue Windräder für die Vulkaneifel.....	9
3 D-Solarzellen sollen Energieausbeute verdoppeln.....	11
Ultradünne Solarzelle konstruiert.....	12
Neues Strohheizkraftwerk bundesweit einmalig.....	12
Zuschuss für Mini-KWK-Anlagen.....	13
Landesnetzwerk Bürgerenergiegenossenschaften gegründet.	14
Zweitmauer gegen die Kälte.....	15
Klima: Ausstoß von Treibhausgas sinkt.....	15



Energiewende – aber richtig.....	16
Windenergie ausbauen - naturverträglich.....	19
Natura 2000-Gebiete als Ausschlussflächen für Windenergie im LEP IV.....	22
Stellungnahme der anerkannten Naturschutzverbände zur Teilfortschreibung des LEP IV.....	23
Naturschützer gegen Windpark.....	27
Windkraft: Baugenehmigung ist nicht nötig.....	28
AKW-Generator reist jetzt nach Ägypten.....	29
Kalzip liefert Schutzhülle für Tschernobyl.....	31
BUND will Stromspeichergesetz.....	33
Noch gibt es viele Baustellen auf der Stromautobahn.....	34
Geldregen für die Stromfresser.....	36
Erdöl-Förderung in Rheinland-Pfalz gestiegen.....	37
US-Zölle auf Solarzellen aus China.....	38
Europäischer Solarpreis 2012 von Eurosolar.....	39
Klimaschutz-Preis 2012 Mainz-Bingen.....	40
Umweltpreis 2012 - Unsere besten Ideen für ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz.....	41



**Schlechte
Nachrichten**

Fotovoltaik: Einigkeit bei Kürzung.....	42
Entsetzen in der Solarbranche.....	42
Rösler und Röttgen stehen Energiewende im Weg.....	44
Ausbau der Fotovoltaik wird abgewürgt.....	45
Solarkürzung ist energiepolitische Geisterfahrt.....	46
Solarförderung: Grüne und SPD kritisieren Reform.....	47
Kirche kippt Kliaschutzprojekt.....	48
Bundestag beschließt neues Vergütungssystem für Photovoltaikanlagen.....	49
Experte: Cattenom sofort abschalten.....	52
Atomexperte: Cattenom wegen Sicherheitsmängeln vorerst stilllegen.....	53
Land fordert: Cattenom muss vom Netz.....	54
Ministerpräsident Beck: Kernkraftwerke Cattenom und Fes- senheim „sehr gefährlich“.....	55
Cattenom sorgt für Alarmstimmung.....	57
Landtag fordert Aus für Cattenom.....	58
Schon wieder eine Panne in Cattenom.....	58
Cattenom: Frankreich lehnt Abschaltung ab.....	58
Sicher ist Fukushima noch lange nicht.....	59
Fukushima-Atomunglück lässt US-Politiker kalt.....	62
„Grüne Wiese“ nicht vor 2050.....	63
Fukushima mahnt: Energiewende nicht abwürgen.....	65
Minister Rösler im Sondereinsatz gegen die eigenen Beschlüsse.....	65
„test“ entlarvt grüne Schummelei.....	67
Engpässe bei der Energieversorgung.....	68
Kein Geld für Energieeffizienz.....	69

Einführung

Die Energie-Info, herausgegeben vom Arbeitskreis Energie im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz, versucht, in für die Umwelt gute und schlechte Nachrichten zu unterteilen. Dies ist natürlich nicht immer möglich, so dass stets auch einige Seiten neutraler Informationen enthalten sind.

Für Mitarbeiter an der Info: Der übliche Redaktionsschluss für die vier Ausgaben pro Jahr:

15.1., 15.4., 15.7., 15.10. jeden Jahres.

Meine Adresse: Michael Carl, Höhenweg 15, 56335 Neuhäusel

Tel.: 02620/8416; Fax: 950805 (nach tel. Anmeldung); E-Mail: michael.carl@t-online.de

Mein Dank gilt an dieser Stelle denjenigen Mitarbeitern, die mir freundlicherweise Material zukommen ließen, das ich zum Teil für diese Ausgabe der Info verwertet habe.

Literaturhinweise

Die Broschüren, Faltblätter und Thesenpapiere sind bei der BUND-Landesgeschäftsstelle in 55118 Mainz, Hindenburgplatz 3 erhältlich.

➤ **Broschüren**

- „Positive Anlagen in Rheinland-Pfalz. - Sinnvolle Energieverwendung in bestehenden Anlagen“; Preis: 2,60 €.
- „Vorbild Kommune - Zukunftsfähige Energienutzung; Wo Zukunft schon begonnen hat: Rheinland-Pfälzer zeigen wie's geht“; Preis 2,70 €.
- „Fahrplan Energiewende Rheinland-Pfalz“ – Der BUND zeigt, wie es gehen kann

➤ **Faltblätter**

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none">• Solarstrom - Grundlagen• Energiesparen beim Heizen• Der Gasherd• Regeln zum richtigen Lüften• Wärmepumpe• Energie sparend Auto fahren• Warmwasserbereitung• Energie sparen• Holznutzung• Contracting | <ul style="list-style-type: none">• Wechsel des Stromlieferanten• Offene Kamine/Schornsteinfeger• Erneuerbare Energien-Gesetz• Antriebsalternativen (Auto)• Energiesparlampen• Zukunftsfähige Energiepolitik• Die zehn größten Probleme unseres Energiesystems• Kochmulden |
|---|---|

➤ **Thesenpapiere:**

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none">• Thesen Windenergienutzung (neu seit April 2012)• Thesen Geothermienutzung• Nutzung von Biomassen | <ul style="list-style-type: none">• Thesen Fotovoltaiknutzung (Freiflächen, neue Fassung nach Landesdeli 2010)• Wasserkraftnutzung in Klein- und Kleinstwasserkraftanlagen |
|--|---|

Feldheim als Gegenbild zu Fukushima

Die knapp 150 Bewohner des Dorfes Feldheim in Brandenburg können das Wort "Fukushima" nicht mehr hören. Denn ständig kommen Besucher aus Japan, die sehen wollen, wie die Dörfler mit Hilfe von Wind und Biogas die Energie für ihren Bedarf selbst herstellen. Feldheim gilt den japanischen Gästen sozusagen als Gegenentwurf zu Fukushima.

Japaner gelten als zurückhaltende und freundliche Menschen. Böse Worte kommen ihnen nur höchst selten über die Lippen - erst recht nicht in der brandenburgischen Provinz. Und doch wollen viele Feldheimer keine ausländischen Gäste mehr in ihren Häusern sehen. In den vergangenen Monaten kamen nämlich im Schnitt 250 Besucher wöchentlich in die kleine südbrandenburgische Gemeinde, dicht an der Grenze zu Sachsen-Anhalt.

Die meisten reisten vom anderen Ende der Welt an, von den japanischen Pazifik-Inseln. Dabei stammen nicht wenige ursprünglich aus der Evakuierungszone um das havarierte Atomkraftwerk Fukushima. Was sie in Feldheim suchen, ist schon auf den ersten Blick klar: Von jeder Ecke des Dorfes sieht man einige der insgesamt 43 Windräder und die große Biogasanlage, in der jährlich 3500 Kubikmeter Schweine- und Rindergülle und gut 6000 Tonnen Maissilage zum Gasen gebracht wird.

Die Feldheimer haben, nach was sich viele Japaner sehnen: erneuerbare Energien zur Selbstversorgung. Ihnen droht kein atomarer GAU. Werner Frohwitter von der Energiequelle GmbH aus Zossen bei Berlin ist der Fachmann, der den Besuchern erklären kann, was es bedeutet, wenn sich eine Gemeinde aus dem Machtbereich der Energiekonzerne verabschiedet. Er hat inzwischen Tausende Besucher mit der Technik und den Konsequenzen energetischer Selbstversorgung vertraut gemacht. "In Japan zeigt der dominierende Energiekonzern Tepco kein Interesse an regenerativer Energie. Wenn die Leute dann hier nach Feldheim kommen, staunen sie erst einmal, dass so etwas überhaupt möglich ist: Energieversorgung ohne Atom und ohne Kohle."

Was sie darüber hinaus für Gedanken haben, berichtet Frohwitter, könne man ihnen kaum ansehen. "Sie sind sehr höflich, es fällt kein einziges kritisches Wort: Unbeeindruckt würden die Japaner aber nicht abreisen: "Es werden immer mehr, die kommen wollen." Egal ob Journalisten, Wissenschaftler, Politiker, Studenten, Aktivisten von Greenpeace und anderen Umweltgruppierungen und Schauspieler - für die meisten Besucher scheint Feldheim der Gegenentwurf zu Fukushima zu sein." Es scheint etwas überhöht, aber offenbar sehen die Japaner das so", sagt Frohwitter.



ENERGIE-INFO

SEITE 6

Die Energiewende begann in dem brandenburgischen Dorf vor gut einem Jahrzehnt mit der Aufstellung von einer Handvoll Windrädern. Rasch zeigte sich, dass der Standort günstig ist, und so kamen immer mehr hinzu. Mit dem Bau der Biogasanlage vor vier Jahren veränderte sich der Ansatz des Modells. "Seitdem steht Feldheim nicht nur für die ökologische, sondern auch für die gesellschaftliche Energiewende", sagt Frohwitter.

Ursprünglich sollten nur die Sauenanlagen des örtlichen Agrarbetriebs mit Wärme versorgt werden. Doch die Vergasung reichte, um einen Motor anzutreiben, der wiederum Abwärme liefert und mit einem Generator zur Stromerzeugung verbunden ist. Gemeinsam mit dem Unternehmen Energiequelle, das einst den Windpark aufstellte, haben die Einwohner dann einen eigenen örtlichen Energieversorger gegründet.

Nachdem der Energieriese Eon sich das Stromnetz nicht abkaufen ließ, wurden zwischen Dorfwerk und Biogasanlage einerseits und den paar Dutzend Gebäuden andererseits kurzerhand eigene Kabel- und Rohrverbindungen gelegt. Bis auf einen Haushalt beteiligen sich alle Dorfbewohner an dem deutschlandweit einmaligen Projekt, das ganz nebenbei für Vollbeschäftigung in Feldheim sorgt. "Anfangs ging es den Leuten einfach nur um das Geld", erzählt der aus Bremen stammende Kaufmann Frohwitter recht offen. Für die zahlreichen Besucher aus Japan sind die Einheimischen hingegen tapfere Stromrebelln, die der Monopolisierung im Energiebereich eine Alternative gegenüber stellen.

Rheinpfalz vom 8.3.12

Atommeiler: Keine Neubauten in Großbritannien

Die deutschen Energiekonzerne Eon und RWE haben ihre Pläne zum Bau neuer Atomkraftwerke in Großbritannien aufgegeben. Die Konzerne kündigten gestern an, ihr dafür gegründetes Gemeinschaftsunternehmen Horizon Nuclear Power verkaufen zu wollen. RWE begründete den Ausstieg mit den hohen Kosten für Kernkraftprojekte und der durch die Energiewende gesunkenen Finanzkraft des Konzerns. Eon will lieber in den Ausbau erneuerbarer Energien investieren. Ursprünglich wollten RWE und Eon bis 2025 in Großbritannien fünf bis sechs neue Reaktoren bauen.

Unterdessen teilte der Betreiber des im vergangenen Jahr havarierten japanischen Atomkraftwerks Fukushima- Daiichi, Tepco, mit, er stehe kurz vor der Insolvenz. Tepco bemüht sich um weiteres Geld aus einem öffentlichen Hilfsfonds in Höhe von 1,8 Billionen Yen (16,5 Milliarden Euro). Mehr als die Hälfte der Summe ist demnach nötig, um zahlungsfähig zu bleiben. Mit dem Rest sollen Betroffene des Atomunglücks entschädigt werden.

Rheinpfalz vom 30.3.12



Frankreich: Atomkraftwerk bleibt abgeschaltet

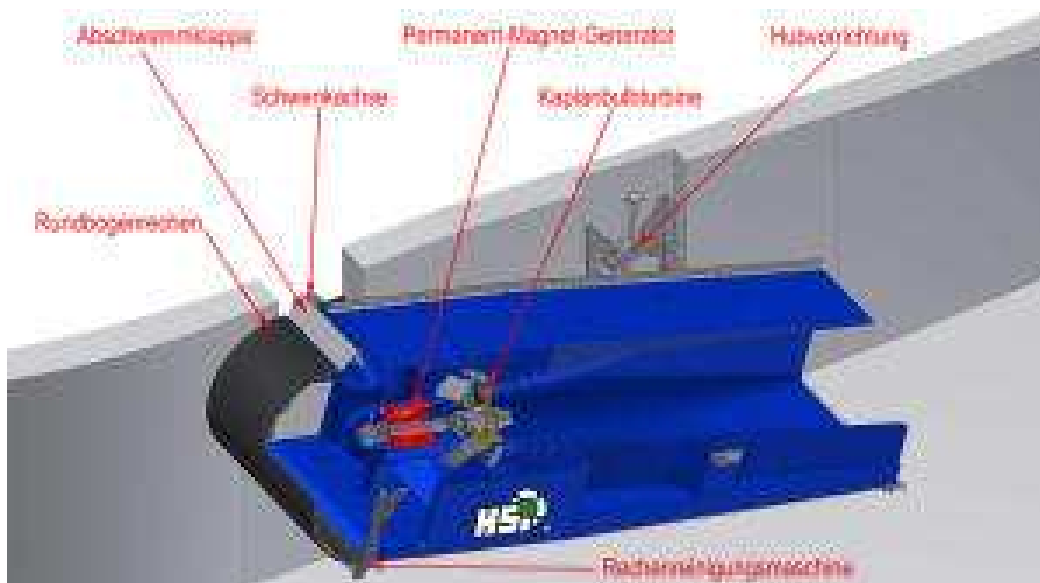
Nach dem Austritt radioaktiven Wassers und einem Brand im Atomkraftwerk Penly in Nordwestfrankreich bleibt der Reaktorblock zwei der Anlage vorerst abgeschaltet.

Zunächst soll herausgefunden werden, weshalb eine Pumpe im Kühlkreislauf des Meilers ausgefallen sei, sagte der Chef der Anlage, Laurent Lacroix. Das Atomkraftwerk in der Normandie war am Donnerstag automatisch abgeschaltet worden. Die Feuerwehr musste anrücken, um an zwei Stellen brennende Ölpfützen im Reaktorgebäude des Blocks Zwei der Atomanlage zu löschen. Erst später teilte der Stromkonzern EDF mit, auch radioaktiv belastetes Wasser sei ausgetreten. Gestern konnte das Leck nach Angaben des Unternehmens aber beseitigt werden. Es habe "keine Auswirkungen auf die Umwelt" gegeben. Frankreich bezieht vier Fünftel seines Stroms aus Atomkraftwerken und hält auch nach der Atomkatastrophe in Fukushima an der Kernkraft als Hauptenergiequelle fest.

Rheinpfalz vom 7.4.12

Neuartige Turbinen schonen die Umwelt

Das Planungs- und Konstruktionsbüro HSI Hydro Engineering aus Morbach-Gonzerath (Landkreis Bernkastel-Wittlich) schwimmt mit seinen neuartigen Wasserturbinen auf der Erfolgswelle. Mehr als 25 Turbinen werden in den kommenden Jahren fertiggestellt. Die neueste Anlage geht am Montag auf ihre Reise.



So einfach wie genial: Die Turbine passt sich dem Wasserstand an und kann in der für sie günstigsten Lage Strom erzeugen. GRAFIK HSI Hydro Engineering



ENERGIE-INFO

SEITE 8

20 Meter in der Länge, mehr als fünf Meter in der Breite und 4,20 Meter in der Höhe misst die 140 Tonnen schwere Fließwasserturbine, die die Firma HSI derzeit bei der Trierer LB Produktion im Hafen zusammenbaut. Am Montag geht die Turbine auf große Fahrt. "Sie wird an den Fluss Kinzig im Schwarzwald in der Nähe von Offenburg gebracht", erklärt Diplom-Ingenieur Peter Marx. Der HSI-Chef hatte vor gut sieben Jahren die Idee zu diesen besonderen Turbinen. Das Unternehmen, das auch Erfahrungen mit konventionellen Turbinen hat, ist von dieser Entwicklung überzeugt:

"Das Besondere: Die Turbine befindet sich in einem Stahlgehäuse und kann angehoben und gesenkt werden. Damit vereinigt sie gleichzeitig die Funktion von einem Wehr und einer Turbine", erläutert Marx. Das bringt große Vorteile beim Aufbau und vor allem beim späteren Einsatz. Vor Ort wird die Turbine noch mit 220 Tonnen Beton ausgegossen, das gibt der Turbine mehr Stabilität. Die Anlage benötigt in einem Flussbett zwei Wände und einen Boden und wird dann als komplett vorinstallierte Maschine einfach mit einem Kran eingesetzt.

Gegenüber herkömmlichen Flussturbinen hat die HSI-Anlage deutliche Vorteile in Sachen Ökologie, "da die Fische über oder unter der Turbine absteigen können". Zudem läuft die Anlage fast vollkommen emissionsfrei. "Kein Lärm, man sieht und man hört nichts", so Marx. Auch kann das sogenannte Geschiebe - Sand und Kies - weitertransportiert werden, und es wird kein Abfluss behindert. Ein Vorteil, der sich vor allem im Hochwasserfall auszahlt. Peter Marx zeigt in einem Demo-Video die dramatischen Unterschiede: Während eine herkömmliche Anlage unter den angeschwemmten Bäumen, Ästen und sonstigem Unrat versinkt und aufwendig gereinigt werden muss, wird die HSI-Turbine etwas abgesenkt, und der Hochwassermüll fließt unbeschadet ab. "Nach einem solchen Fall hatten wir bei einer konventionellen Anlage große Reinigungsarbeiten mit Baggern und schweren Geräten, die Anlage fiel lange aus, bei uns ging nur die Leistung der Turbine für ein paar Stunden zurück", so der Fachmann.

Die Idee, dass seine Turbinen eine große Zukunft haben, hatte Marx, weil die EU vorschreibt, dass bis 2025 alle Staustufen eine Fischtreppe haben müssen. Im Zuge dieses Ausbaus lässt sich sehr leicht auch zusätzlich eine solche Turbine einbauen. "Allein für Deutschland haben wir 800 sinnvolle Anlagen errechnet", erklärt der Diplom-Ingenieur. Zunächst aber sind die Anlagen, die in Morbach-Gonzerath konstruiert werden, europaweit gefragt. "80 Prozent unserer Geschäfte machen wir im Ausland. Österreich, die Schweiz und Bulgarien gehören zu den wichtigsten Märkten. Frankreich, Italien und die Niederlande werden immer bedeutender."



In den kommenden beiden Jahren liefert das HSI-Team rund zehn Turbinen aus. Pro Anlage müssen Investoren etwa zwei Millionen Euro aufbringen, Doppelanlagen kosten etwa fünf Millionen. "Wenn die Turbine auch etwas teurer ist als herkömmliche Anlagen, so ist das Gesamtinvestment doch günstiger", rechnet Marx vor. Denn die Turbinen kommen ohne große Gebäude und Infrastruktur aus und sind zudem leistungsfähiger. Im Normalfall sollte sich die Anlage nach 15 Jahren amortisieren, bei einer geschätzten Lebenszeit von 60 bis 70 Jahren.

Diese Vorteile bescheren dem Unternehmen aus der Region zahlreiche Aufträge und Anfragen. "Die Anlagentechnik findet sehr reges Interesse, besonders in alpinen Gewässern, wo man viele Probleme mit Kiestrieb hat. So haben wir mit den Grenzkraftwerken (Versorgerverbund an österreichisch-bayerischen Flüssen) einen Exklusivvertrag zum Ausbau der Flüsse Salzach, Salach und Inn abgeschlossen. Dort sollen 16 dieser Turbinen eingebaut werden. Das entspricht für uns einem Umsatz von etwa 40 Millionen Euro", sagt Peter Marx. Die 16 Turbinen versorgen dann 26 000 Haushalte mit Strom.

Trier. Volksfreund vom 24.2.12

Bis zu 109 neue Windräder für die Vulkaneifel

Zusätzliche Windkraftanlagen könnten auch in der Vulkaneifel bedeuten, dass das vorhandene Leitungsnetz nicht ausreicht und daher ausgebaut werden muss. Besonders im Süden des Kreises sind laut Energieagentur nur wenige Leitungen vorhanden.

Vier Monate nach dem knappen Beschluss (15 zu 14 Stimmen) hat die Energieagentur Region Trier die beauftragte und für den Kreis kostenlose Studie zu erneuerbaren Energien im Landkreis Vulkaneifel vorgestellt. In dem 35-seitigen Papier wird aufgezeigt, wo im Kreis Flächen für die Windkraftnutzung besonders geeignet sind.

Hauptaussage: Zieht man alle Ausschlussgebiete (1000-Meter-Abstand zu Dörfern und Städten, Naturschutzgebiete, Gesteinsabbauflächen) ab, berücksichtigt man nur ertragreiche Standorte (ab einer Windhöffigkeit von sechs Metern pro Sekunde) und konzentriert man sich auf Windparks (ab drei Anlagen), dann ist im Kreis Platz für bis zu 109 weitere WKA der Drei-Megawatt-Klasse. Die entsprechen dem aktuellen Standard, sind bis zu 200 Meter hoch und haben 100 Meter Rotordurchmesser.

Die Aufteilung auf die fünf Verbandsgemeinden im Kreis wäre laut Energieagentur sehr unterschiedlich: In der VG Hillesheim wäre Platz für 17 weitere WKA (aufgeteilt auf drei Windparks), in der VG Gerolstein und an der Oberen Kyll für 18 neue Anlagen (je drei Windparks), in der VG Kelberg für 22 Anlagen (vier Windparks) und in der großen VG Daun für 34 neue WKA (fünf zusätzliche Windparks).



ENERGIE-INFO

SEITE 10

Diese zunächst rein theoretischen Zahlen können sich aber dadurch noch reduzieren, dass die Verbandsgemeinden weitere Kriterien über die WKA-Nutzung heranziehen können. Denn die Verbandsgemeinden und nicht der Kreis stellen die maßgebliche Flächennutzungsplanung auf. So können sie selbst entscheiden, ob WKA in Flora-Fauna-Habitat-Gebieten oder in Naturpark-Kernzonen vorgesehen werden sollen und ob beispielsweise Anlagen an dieser oder jener Stelle ihrer Ansicht nach das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen.

Diese Kriterien müssen aber fürs gesamte VG-Gebiet einheitlich, nachvollziehbar und begründbar sein. Willkürliche Festsetzungen haben nach Ansicht von Experten vor Gericht keinen Bestand.

Achim Hill, Geschäftsführer der Energieagentur Trier, der die Studie vorstellte, gab folgende grundsätzliche Empfehlungen: "Man sollte die Standorte für Windparks kreisweit abstimmen und Bürgerbeteiligungen an den Parks anbieten. Denn die Erfahrung zeigt, dass die Akzeptanz deutlich steigt, wenn die Bürger eingebunden sind und von den Anlagen selbst profitieren."

Wie Bürger und Kommunen an der Windkraft mitverdienen können und welche Formen von Betreibermodellen es gibt, soll im Rahmen einer gesonderten Veranstaltung Anfang Mai in Gerolstein geklärt werden. Ein gleichlautender Antrag von SPD, FWG und Grünen fiel auf fruchtbaren Boden. SPD-Fraktionsvorsitzender Jens Jenssen, zugleich Antragsteller der Studie, sagte: "Die Studie ist ein wichtiger Beitrag zur Diskussion - nicht zuletzt, weil sie zeigt, wie wichtig ein kreisweit abgestimmtes Vorgehen ist. Und sie zeigt: Das Thema Beteiligung ist der entscheidende Schlüssel, um die Energiewende positiv zu gestalten."

Extra

Stromverbrauch und Windenergie: 2008 wurden im Kreis Vulkaneifel 426 Gigawattstunden Strom verbraucht. Der Anteil des aus Windenergie erzeugten Stroms lag 2009 bei 38 Prozent. An der Oberen Kyll wurden 140 Prozent des Strombedarfs aus Windenergie gedeckt, die VG Kelberg entsprach dem Durchschnitt, in den drei anderen VGn war er unter Durchschnitt. Wertschöpfung: Die Höhe der kommunalen Wertschöpfung durch 109 neue WKA hängt davon ab, wie sich die Kommunen selbst am Bau und Betrieb beteiligen. Ist die Beteiligung gering (15 Prozent), ist ab 2020 (wenn alle WKA stehen) mit fünf Millionen Euro jährlicher Wertschöpfung zu rechnen, ist sie hoch (75 Prozent), steigt sie laut Energieagentur auf jährlich 15 Millionen Euro.

Trierischer Volksfreund vom 27.3.12



3D-Solarzellen sollen Energieausbeute verdoppeln

Das kalifornische Unternehmen Solar3D arbeitet nach eigenen Angaben an einer neuen Siliziumwafer-Solarzelle mit dreidimensionaler Struktur, die ihre konventionellen Verwandten in Sachen Energieumsatz in den Schatten stellen soll. Konkret verspricht man sich eine Steigerung der Ausbeute um bis zu 200 Prozent, wodurch sich Solaranlagen für Käufer um mindestens 40 Prozent schneller amortisieren sollen. Stefan Reber, Experte für Dünnschichtsolarzellen am Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) sieht bei der Nutzung von Silizium gegenüber presstext noch viel Potenzial nach oben.

3D-Strukturen auf der Oberfläche sowie kristalline Mikrostrukturen sollen den verwertbaren Einstrahlwinkel des Lichts ausweiten. Dies soll zusätzlichen Stromgewinn in den Morgen- und Abendstunden sowie im Winter ermöglichen, wenn die Sonne länger tiefer steht. Zusätzliche Kleinststrukturen im Wafer soll Reflektionen vermindern, dadurch zusätzlich Sonnenlicht einfangen und die Ausbeute weiter erhöhen.

Nach Rechnungen der Firma ist dabei der Unterschied bei einem Einfallswinkel von 20 bis 60 Grad besonders deutlich. Die Technologie soll eine Maximalausbeute von 27 Prozent ermöglichen, während herkömmliche Waferzellen ihren Zenit bei 17 Prozent erreichen. Bei Solar3D sieht man noch Luft nach oben in der Entwicklung von Photovoltaikmodulen auf Siliziumbasis.

Dass mit dem Material noch viel möglich ist, bestätigt auch Reber gegenüber presstext. Laut dem Experten kann dabei auch Nanotechnologie eine wichtige Rolle spielen. "In Zukunft könnten Nanostrukturen auch als aktive Bestandteile zum Einsatz kommen", erklärt er. Zuvor ist aber noch einiges an Forschungsarbeit zu leisten.

Für den Fachmann ist Silizium "das perfekte Halbleitermaterial", denn es ist mittlerweile gut erforscht, günstig, breit verfügbar und lässt sich sauber aufbereiten. In Kombination mit anderen Materialien ist auch die Energieausbeute noch deutlich steigerbar. Bereits vor über einem Jahrzehnt gelang mit einer Mehrfachstapelzelle eine Konversionsrate von über 30 Prozent, auch Werte von über 60 Prozent hält Reber für erreichbar. Jedoch werden bis dahin noch einige Jahre ins Land ziehen.

Die eigene Entwicklung betrachtet man bei Solar3D als "Game Changer", der Beweis für ihre Praxistauglichkeit muss jedoch erst erbracht werden. Ein funktionsfähiger Prototyp befindet sich im Bau. Wann dieser fertig gestellt sein wird, ist noch nicht bekannt.

aus presstext



Ultradünne Solarzelle konstruiert

Eine ultradünne und hochflexible Solarzelle könnte künftig winzige Flugroboter antreiben und selbst feinste Kleidungsstücke zu Energielieferanten machen.

Die von einem internationalen Forscherteam entwickelten Energiefolien sind nur zwei Mikrometer dick und damit dünner als ein Faden Spinnenseide. Ein Mikrometer entspricht 0,001 Millimetern. Zudem lassen sie sich wie ein Stück Frischhaltefolie wiederholt zerknittern ohne Schaden zu nehmen. "Diese ultradünnen organischen Solarzellen sind zehn Mal dünner, leichter und flexibler als jeder andere zur Zeit existierende Solarzellentyp", berichten die Forscher im Fachmagazin "Nature Communications". Mit einem Wirkungsgrad von 4,2 Prozent seien sie genauso leistungsfähig wie herkömmliche organische Solarzellen auf Glasträgern.

Mögliche Anwendungen der neuen Solarzellen seien Wetterballons, unbemannte Fluggeräte oder andere Fernerkundungssysteme, bei denen es auf das Gewicht ankomme. "Aber das Gleiche gilt auch für die Ausrüstung in der Wildnis; wo leichte Energiequellen gebraucht werden", schreiben Martin Kaltenbrunner von der Johannes Kepler Universität Linz und seine Kollegen. Auch Miniaturroboter ließen sich dadurch antreiben.

Die neue Technologie nutzt Standardmaterialien, wie sie bereits für organische Solarzellen verwendet werden. Dennoch hat die Energiefolie nur 25 Prozent der Dicke und 45 Prozent des Gewichts der herkömmlichen organischen Solarzellen. Als Trägersubstrat verwendeten die Forscher kein mit Indium-Zinnoxid beschichtetes Glas, sondern nur eine 1,4 Mikrometer dünne Folie aus dem Kunststoff Pet. Das ist das gleiche Material, aus dem auch viele Getränkeflaschen hergestellt werden. Auf diese Folie trugen sie zwei verschiedene aktive Schichten auf, die zusammen die eigentliche organische Solarzelle bildeten.

Rheinpfalz vom 4.4.12

Neues Strohheizkraftwerk bundesweit einmalig

In der rund 1750 Einwohner zählenden Gemeinde Hermersberg (Kreis Südwestpfalz) ist gestern das bundesweit erste Strohheizkraftwerk offiziell in Betrieb gegangen. Das Projekt der Verbandsgemeinde Waldfishbach-Burgalben ist Teil des Konzepts zur integrierten Ländlichen Entwicklung und bietet auch aus Sicht des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministeriums viele Vorteile: Beispielsweise diene Stroh nicht als Nahrungs- oder Futtermittel und sei daher als regionale Biomasse unbedenklich.



Insgesamt förderten Mainz und die Europäische Union die Investitionskosten von 900.000 Euro mit 265.000 Euro. Das Strohheizkraftwerk hat eine Leistung von 800 Kilowatt und kann 80 Wohneinheiten mit Nahwärme versorgen. Bedient werden mittelfristig ein Neubaugebiet und benachbarte ältere Häuser.

Rheinpfalz vom 12.4.12

Zuschuss für Mini-KWK-Anlagen

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) administriert das im Januar 2012 vom Bundesumweltministerium herausgegebene Förderprogramm "Richtlinien zur Förderung von KWK-Anlagen bis 20 kWel". Mit diesem Programm sollen neben der weitreichenden Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes zusätzliche Impulse für den breiten Einsatz auch von kleinen KWK-Anlagen gegeben werden.

Neue Blockheizkraftwerke bis 20 kWel in Bestandsbauten können nach diesem Förderprogramm einen einmaligen Investitionszuschuss erhalten, der nach der elektrischen Leistung der Anlagen gestaffelt ist. So erhalten zum Beispiel sehr kleine, für Ein- und Zweifamilienhäuser besonders geeignete Anlagen mit einer Leistung von 1 kWel 1.500 Euro, große Anlagen mit 19 kWel hingegen 3.450 Euro.

Die Anlagen dürfen nicht in einem Gebiet mit einem Anschluss- und Benutzungsgebot für Fernwärme liegen und müssen sowohl mit einem Wartungsvertrag betreut werden als auch anspruchsvolle Effizienzanforderungen erfüllen. Die Anforderungen der EU-KWK-Richtlinie für Kleinstanlagen müssen deutlich übertroffen werden. Die Primärenergieeinsparung muss für Anlagen kleiner 10 kWel mindestens 15% und für Anlagen von 10 kWel bis einschließlich 20 kWel mindestens 20% betragen. Außerdem ist ein Gesamtnutzungsgrad von mindestens 85% einzuhalten. Weitere Anforderungen sind u. a. das Vorhandensein eines Wärmespeichers mit einem Energiegehalt von mindestens 1,6 kWh pro installierte kWth, einer Steuerung und Regelung für eine wärme- und stromgeführte Betriebsweise inklusive eines intelligenten Wärmespeichermanagements sowie eines Messsystems zur Bestimmung des aktuellen Strombedarfs (Smart Meter) für Anlagen ab 3 kWel.

Fördervoraussetzung ist zudem, dass die KWK-Anlagen in der Liste der förderfähigen Anlagen des BAFA enthalten sind. Dazu sollen in einer ersten Runde die Herstelleranmeldungen bis zum 15. Februar 2012 im BAFA eingereicht werden. Die Liste soll dann bis 15. März 2012 erstmalig veröffentlicht werden und anschließend kontinuierlich ergänzt werden. Das BAFA fordert deshalb die Hersteller von KWK-Anlagen hiermit dazu auf, Ihre Anlagen beim BAFA für dieses Förderprogramm schnellstmöglich zertifizieren zu lassen. Das endgültige Herstellerformular kann in Kürze in der Rubrik Formulare heruntergeladen werden.



Anträge für Anlagenbetreiber auf Förderung können erst ab dem 1. April 2012 eingereicht werden. Ab diesem Zeitpunkt finden Antragsteller hier auch die zu verwendenden Formulare. Nähere Hinweise zum Förderverfahren sowie Merkblätter zur weiteren Information werden in Kürze bereitgestellt.

Eine Rücknahme von bereits gestellten Anträgen nach der im Jahre 2008 gestarteten und ausgesetzten Förderrichtlinie für hocheffiziente kleine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (Mini-KWK) ist nicht zulässig. Außerdem sind nur Maßnahmen förderfähig, mit denen vor der Antragstellung auf Förderung noch keine rechtsgültigen der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsverträge unterzeichnet worden sind.

Ansprechpartner

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Referat 524 – Kältetechnik, Mini-KWK,
Frankfurter Straße 29 – 35, 65760 Eschborn

Landesnetzwerk Bürgerenergiegenossenschaften gegründet

Am 18. März hat sich auf der Rheinland-Pfalz Ausstellung in Mainz das „Landesnetzwerk Bürgerenergiegenossenschaften Rheinland-Pfalz (LaNEG)“ offiziell als Verein gegründet. Das Netzwerk will als kompetenter Ansprechpartner der Idee einer dezentralen und demokratischen Energiewende in der Öffentlichkeit mehr Gehör verschaffen. Die Bürgerenergiegenossenschaften im Land wollen zudem gemeinsam gegenüber Politik und Wirtschaft stärker auftreten.

Die neu gewählten Vorstände des Landesnetzwerks sind Dietmar von Blittersdorff vom "Netzwerk Energiewende jetzt", Dr. Verena Ruppert von der Mainzer UrStrom eG und Dr. Petra Gruner-Bauer von der Wörrstadter Solix eG i.G.

„Das Wirtschaftsministerium begrüßt ausdrücklich die genossenschaftliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der dezentralen und demokratischen Energiewende“, sagte Dieter Wolf, Abteilungsleiter Energie, Klimaschutz, Atomaufsicht, Strahlenschutz im Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz zur Eröffnung des Aktionstag der Bürgerenergiegenossenschaften am 18.März. „Deswegen ist es uns wichtig, das Landesnetzwerk in seiner Arbeit zu unterstützen und zu fördern.“



Gründungsmitglieder des Landesnetzwerks sind: Bürgergenossenschaft Rheinhessen eG, eegon- Eifel Energiegenossenschaft eG, Energiegenossenschaft Kirchspiel Anhausen eG, HunsrückSonne Kastellaun eG, pro regionale energie eG, Solar-Bürger-Genossenschaft eG, SOLIX Energie aus Bürgerhand Rheinhessen eG i.G., Südeifel Strom eG, Trierer Energiegenossenschaft eG i.G. (TRENEG), UrStrom BürgerEnergie-Genossenschaft Mainz eG, WaWiSo Wasser, Wind und Sonne, Rhein-Westerwald eG i.G. und das Netzwerk Energiewende jetzt.

Pressemitteilung des Landesnetzwerks Bürgerenergiegenossenschaften vom 20.3.12

Zweitmauer gegen die Kälte

Wer auf seine massiven Mauern keine Wärmedämmung aus Styropor dübeln mag, für den gibt es jetzt eine Alternative: eine gemauerte Wärmedämmung. Die zweite Mauer aus Spezialziegeln mit hoher Wärmedämmung wird vor die ursprüngliche Mauer gesetzt. Die Hohlräume der Ziegel sind mit Perlit ausgefüllt. Dadurch erreicht man einen Wärmeleitwert von 0.065 W/mK. Herkömmliche Wärmedämmsysteme bieten jedoch mit Dämmwerten von 0.035 und 0.040 deutlich bessere Dämmeffekte bei gleicher Bauteildicke. Zudem liegen die Investitionskosten für die gemauerte Dämmung fast doppelt so hoch wie bei einem Wärmedämmverbundsystem. Dafür ist die gemauerte Dämmung wesentlich stabiler und hält sich länger. Anbieter ist Schlagman/Poroton.

Energiedepesche 1-12

Klima: Ausstoß von Treibhausgas sinkt

Der Ausbau des Ökostroms sowie der milde Winter haben den Treibhausgas-Ausstoß in Deutschland trotz starken Wirtschaftswachstums sinken lassen. Insgesamt wurden 2011 rund zwei Prozent weniger Klimagase in die Atmosphäre entlassen als im Vorjahr, wie das Umweltbundesamt (UBA) gestern mitteilte. Trotz des Atomausstiegs mit der Abschaltung älterer Meiler sank der Ausstoß der Energiebranche besonders stark. UBA-Präsident Flasbarth sagte, das nationale Klimaschutzziel, bis 2020 die Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, bleibe erreichbar. Der Ausstoß an Treibhausgas, vor allem von Kohlendioxid (CO₂), lag 2011 auf dem Niveau des Wirtschaftskrisenjahres 2009. Verglichen mit 1990 wurde im vergangenen Jahr über ein Viertel weniger CO₂ emittiert.

Rheinpfalz vom 13.4.12



Energiewende – aber richtig!

Atomkraft ist und bleibt gefährlich für hunderte von Generationen. Die Klimaerwärmung schreitet ungebremst voran – wir brauchen darum eine wirksame Energiewende. Das heißt insbesondere: Der Energieverbrauch muss dringend zurückgefahren und fossile und atomare Kraftwerke müssen schnellstens durch einen Mix umweltfreundlicher Energien ersetzt werden, wenn wir den ganzen Atomausstieg und die Klimaziele erreichen wollen.

Nur 1 Jahr nach Fukushima ist die Politik aber dabei, diese Energiewende abzuwürgen, aufs Abstellgleis zu schieben, durch fehlendes oder schlechtes Management an die Wand zu fahren und den Interessen der Energiekonzerne zu opfern. Wieder einmal – wie schon bei der dann später zurückgenommenen Atom-Laufzeitverlängerung – sollen Profite über das Gemeinwohl gestellt werden, über unser Recht auf Gesundheit, über die wehrlose Natur und über die Erfordernisse des Klimaschutzes. Nicht mit uns!

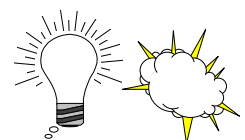
Wir fordern darum:

1. ***Erhalt der Solarbranche – darum Hände weg von dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz!***

Dezentralität, Vorrang bei der Einspeisung und eine verlässliche, kostendeckende Vergütung gehören zu den Grundpfeilern einer erfolgreichen Energiewende. Dieses EEG wird von der Bevölkerung gewollt und getragen: Hunderttausende von Energieanlagen in Bürger/innen-Hand sind entstanden und Arbeitsplätze und regionale Wirtschaftskraft in erheblichem Umfang. Wer aber die Axt, wie gerade die CDU-FDP-Bundesregierung, im Hauruckverfahren an die Solarförderung legt, will diesen Erfolg blockieren und die Weichen wieder auf teure Großanlagen stellen. Wir fordern Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat zur Korrektur der beabsichtigten massiven Kürzungen auf, sowohl bei der Vergütungskürzung als auch bei der künftigen Beschränkung des Zubaus von neuen Anlagen! Änderungen müssen behutsam erfolgen. Planungssicherheit ist ebenso wichtig wie eine gerechte Verteilung der Kosten. Allein die Rücknahme von Ausnahmen für energieintensive Betriebe bei der EEG-Umlage würde den Strompreis sofort um 1 Cent senken.

2. ***Deutliche Anstrengungen für Energiesparen und Energieeffizienz!***

Wenn wir unseren Energiehunger weiter so ungehemmt stillen wollen, werden auch die umweltfreundlichsten Energiesysteme nicht reichen. Wasser-, Wind- und Sonnenkraft nur für immer mehr Konsum? „Nein Danke“. Japan macht es vor: 30 % des Stroms kamen dort vor Fukushima aus 54 Atomkraftwerken. Jetzt sind fast alle Atomkraftwerke vom Netz, und die Versorgung bricht nicht zusammen – weil man dort überall Energie spart. Die Bundesregierung versucht stattdessen gerade ambitionierte Effizienz-Konzepte der EU aufzuweichen - also auch hier eine „energiepolitische Geisterfahrt“ anstatt ein wirksames Programm zur Einsparung der knappen Ressourcen aufzulegen. Ebenso fehlen wirksame Konzepte für umweltschonendere



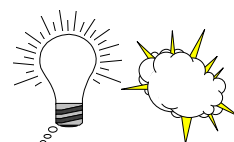
Mobilität und Verkehrsvermeidung sowie eine Abkehr von der klimaschädlichen industrialisierten Landwirtschaft und Massentierhaltung. Für die Bereiche Wärme, Bauen und Wohnen fordern wir ein wirksames Förder- und Sanierungskonzept (z.B. BUND-Stufenmodell „Energetische Gebäudesanierung“), denn noch nicht einmal 1 % der Altbauten wird derzeit jährlich energetisch saniert. Notwendig wären 3% pro Jahr, um die Klimaziele zu erreichen. Die Klimaerwärmung wartet keine 100 Jahre, sondern sie hat längst begonnen!

3. **Markteinführung von dezentralen Speichern!**

Mit den Erneuerbaren Energien müssen gleichzeitig auch die Energiespeicher ausgebaut werden. Den Ferntransport überschüssiger Strommengen ins Ausland, z.B. nach Norwegen, lehnen wir ab, da er mit einem enormen Trassenneubau verbunden wäre. Dieser würde v.a. dem zentralistischen System und den Interessen der Energiekonzerne dienen. Wir fordern die Weiterentwicklung und Markteinführungsförderung von vielen dezentralen Speichern nahe beim Erzeuger und Verbraucher (wie z.B. auch vom Solarenergieförderverein Aachen konzipiert). Solarstrom in der Mittagsspitze könnte abgeregelt und über kühlschrankgroße Batterieschränke für die Nachtstunden direkt im Haus der PV-Anlage gespeichert werden. Technisch ist das schon heute kein Problem, aber dieser Verzicht auf Netzeinspeisung muss besonders vergütet werden. Dazu fordern wir ein kostendeckendes Vergütungsprogramm ähnlich dem EEG. Über die dann zu erwartende Massenproduktion ist eine Preisreduzierung zu erzielen. Für Wohnquartiere müssen schnellstens größere Batterien in neuen Techniken (z.B. Lithium-Ionen-Batterien) erprobt und gefördert werden. Netze würden so gleichmäßiger belastet, deren Ausbau begrenzt. Auch die Erzeugung von „Windgas“ (Wasserstoff/Methan) mit Gasnetzen als Speicher muss an vielen Orten im Land vorangetrieben werden. Dass Windkraftanlagen bei hohem Windangebot vom Netz genommen werden, damit fossile und atomare Kraftwerke weiterlaufen, muss ein Ende haben!

4. **„Smart grid“ und „Negawatt“ statt unflexibler Großsysteme und Fernleitungen!**

Wir fordern einen raschen verbindlichen flächendeckenden Einbau von „intelligenten“ Zählern und die feine Steuerung vieler Kleinanlagen – „smart grid“ – statt herkömmlicher unflexibler Energiegroßproduktion an wenigen Standorten und Ferntransport. Mit diesem Systemwechsel und mit begrenzten Optimierungen, Erdverkabelung und neuen Hochleistungsseilen kann auf neue Stromtrassen weitgehend verzichtet werden. Wir fordern darüber hinaus ein neues Tarifsystem nach dem „Negawatt“-Prinzip. Es sollte zuerst bei den energieintensiven Betrieben ansetzen, die dann für eine angepasste Produktionsplanung belohnt werden. Wenn sie bei Spitzenlast und hohen Preisen auf Strombezug verzichten, können sie zu einem späteren Zeitpunkt billiger produzieren. Kraftwerks- und Netzkapazitäten blieben kleiner. Die Stadtwerke müssen für die Vorhaltung flexiblerer (Gas-)Kraftwerke entlohnt werden, alte Kohlekraftwerksreserven können dann entfallen.



5. ***Energie-Masterplan statt Wildwuchs bei der Windkraft - denn Artenschutz ist nicht verhandelbar!***

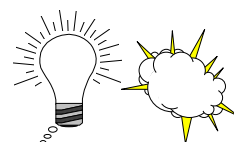
Der deutliche Ausbau der Windenergie an Land ist unverzichtbar. Windkraft ist effektiv und wirtschaftlich und an vielen Standorten sinnvoll – wenn das planvoll koordiniert und naturverträglich geschieht. Der derzeitige oft planlose Wildwuchs hingegen bringt die Windkraft insgesamt in Misskredit und ist eine ernsthafte Bedrohung für die Akzeptanz der Energiewende durch die Bürger/innen. Weder die aktuellen Raumordnungspläne noch der Entwurf des Landesentwicklungsplanes LEP IV beinhalten ausreichende ökologische Vorgaben und raumplanerische Steuerungselemente. Um ihre Windkraftziele durchzusetzen, verbündet sich die Landesregierung allzu schnell mit Investoren und Kommunen und fördert eine unverantwortliche „Goldgräberstimmung“. Geld- und Profitinteressen, auch bei der Verpachtung von Staatswald, stehen oft über dem Schutz der Natur. Der BUND kämpft – wie in dem aktuellen Windpositionspapier näher ausgeführt – dort, wo sie für die Natur und die Artenvielfalt schädlich ist (Natura 2000-Gebiete), auch entschieden gegen Windkraft. Denn der Schutz wertvoller Naturräume und bedrohter Arten ist für uns nicht verhandelbar. Sowohl von der Landesregierung als auch von der Bundesregierung fordern wir einen „Energie-Masterplan“ mit Vorranggebieten bei windhöffigen und unschädlichen Standorten. Erst danach sollten weitere Gebiete nach jeweiliger intensiver naturschutzfachlicher Prüfung zur Energienutzung in Betracht kommen.

6. ***Die Energiewende demokratisieren!***

Die Bevölkerung will mit großer Mehrheit die Energiewende, die Abschaltung aller Atomkraftwerke, auch jenseits unserer Grenzen, und keine neuen Kohlekraftwerke. Sie will auch keine Wende, bei der die Großkonzerne weiter das Sagen haben und versuchen, ihre Ziele über die Regierung interessengerechte Gesetze durchzusetzen. Es ist beschämend, wie damals bei der Laufzeitverlängerung nun auch bei der Solarförderkürzung der Volkswille missachtet und versucht wird das Parlament zu umgehen. Der BUND und die gesamte Bewegung werden dies nicht hinnehmen und sich politisch und bei Wahlen weiterhin kraftvoll einmischen. Wir alle wollen die Energieversorgung noch stärker demokratisieren: Wir bestimmen selbst, wer uns den Strom liefert und rufen zum massenhaften Wechsel zu echtem Ökostrom auf. Wir reduzieren unseren persönlichen Energieverbrauch und werden selbst zu vielen kleinen Energieversorgern durch unsere eigenen Anlagen oder Beteiligungen an Energiegenossenschaften. Wir unterstützen die Rekommunalisierung von Netzen und wollen viele unabhängige Stadtwerke. Wir bekämpfen die undemokratische Marktübermacht der vier großen Energiekonzerne samt ihrer Unterstützer in Finanzwelt und Politik.

Wir nehmen die Energiewende selbst in die Hand – aber richtig: umfassend, naturverträglich und dezentral!

Beschlossener Initiativantrag an die BUND-Landesdelegiertenversammlung 2012



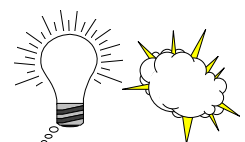
Windenergie ausbauen - naturverträglich

Position zur Windenergienutzung

Inhaltliche Grundlage ist die Bundesposition 56 des BUND zur Windkraft vom Juni 2011 („Für einen natur- und umweltverträglichen Ausbau der Windenergie“), die für Rheinland-Pfalz angepasst wurde.

Grundsätzliches

- Zu einer Energiewende weg von Kohle- und Atomkraft und hin zu Energieeffizienz und zu regenerativen Energien mit den Schwerpunkten Windenergie und Fotovoltaik gibt es keine sinnvollen Alternativen. Neue Speichertechniken und dezentrale Netzoptimierungen müssen endlich weitere Schwerpunkte einer umfassenden Energiewende werden.
- Die Nutzung der Windenergie ist wie die anderer erneuerbarer Energieträger dann besonders sinnvoll, wenn parallel dazu der gesamte Energieverbrauch drastisch heruntergefahren wird. Die Einsparmöglichkeiten sind, wie mehrere Untersuchungen der letzten Jahre beweisen, erheblich. Der BUND fordert eine Verminderung des Energieverbrauchs um 50 % gegenüber 2007.
- Die Nutzung der Windenergie leistet einen bemerkenswerten Beitrag zur CO₂-Minde-rung und damit zum Klimaschutz, da sie in Bezug auf den Flächenverbrauch die effizienteste regenerative Energiequelle darstellt. Beim Betrieb von Windkraftanlagen fallen zudem praktisch keine Rest- und Abfallstoffe an.
- Der BUND Rheinland-Pfalz steht der Nutzung der Windenergie durch Windkraftanlagen daher grundsätzlich positiv gegenüber, auch wenn die Nutzung dieser Naturressource nicht zum ökologischen Nulltarif möglich ist.
- Das Postulat der Landesregierung, 2 % der Fläche von Rheinland-Pfalz für Windenergie zur Verfügung zu stellen sowie die Verfünffachung des Windenergieanteils zu erreichen (was bei weitem keine Verfünffachung der Anlagenzahl bedeutet) wird vom BUND grundsätzlich unterstützt. Dabei sind Räume mit hoher Windhöffigkeit vorrangig auszuwählen, um die Anlagenzahl und den Flächenverbrauch so niedrig wie möglich zu halten. Auch unter Berücksichtigung der unten genannten Ausschlussflächen sind dann ausreichend Flächen vorhanden, um diese Forderung zu erfüllen.
- Beeinträchtigungen durch die Nutzung der Windenergie können bei konsequenter Anwendung der zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumente und tech-



nischen Möglichkeiten deutlich reduziert werden. Naturschutzbelange müssen als gleichwertig gegenüber technischen (wie z. B. Windhöufigkeit) und wirtschaftlichen Belangen gesehen werden.

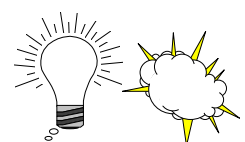
- Um Beeinträchtigungen zu minimieren, ist eine Steuerung des Windenergieausbaus dringend erforderlich. Hierzu sollen in den Regionalen Raumordnungsplänen geeignete Flächen (Vorrangflächen, Vorbehaltsflächen) und Ausschlussflächen ausgewiesen werden. Unterhalb der Raumordnungsebene ist eine sinnvolle Steuerung aufgrund des zu engen Betrachtungsraumes kaum möglich.
- Repowering ist neuen Standorten vorzuziehen.
- Auf eine Einzel-Prüfung darf nie verzichtet werden, weil Windkraftanlagen immer einen Eingriff nach Landesnaturschutzgesetz darstellen.
- Der BUND fordert eine wesentlich verbesserte Datenermittlung und ein Monitoring zur Steuerung des Windenergieausbaus. Für die Erarbeitung der regionalen Raumordnungspläne sind Gutachten zum Vogelzug und zu windkraftsensiblen Arten erforderlich.
- Werden Windkraftanlagen im Wald errichtet, sind zusätzlich insbesondere flermausrelevante Daten zu ermitteln, wobei die wissenschaftliche Datenlage hier noch defizitär ist. Auch in den Genehmigungsverfahren sind Datenermittlungen erforderlich, um aufgrund qualitativ hochwertiger naturschutzfachlicher Grundlagen Auswirkungen auf den Naturschutz zu minimieren.
- Alle technischen Möglichkeiten vom geeigneten Anstrich bis hin zum zeitweisen Abschalten sollen genutzt werden, um Belastungen der Natur zu minimieren.

Wir unterscheiden 3 Flächenkategorien:

Ausschlussflächen

Hier sollen Windkraftanlagen nicht errichtet werden. Dazu gehören:

- Naturschutzgebiete (einschließlich der als NSG beantragten Gebiete bis zur rechtskräftigen Entscheidung)
- Natura 2000-Gebiete für neue Anlagen; alte Anlagen können bei Verbesserung der Ökologie erhalten oder repowered werden.



ENERGIE-INFO

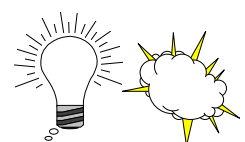
SEITE 21

- Nationalparke, Naturwaldreservate, Auwälder, Kern- und Pflegezonen der Biosphärenreservate, Biotop-, Boden- u. sonstige Schutzwälder, naturnahe, mehrstufig aufgebaute Laubwälder mit plenterartigen Strukturen, alte Wälder über 120 Jahre, sowie Waldränder. Dies gilt auch für Zuwegungen.
- Als besonders schützenswerte Waldgebiete und Landschaften sind insbesondere zu
 - nennen:
 - die Waldlandschaft des Pfälzerwaldes (größtes geschlossenes Waldgebiet Deutschlands) als nicht industriell überprägtes, windkraftfreies, naturnahes Waldgebiet mit geringer Windhöffigkeit und
 - der bislang unzerschnittene und wertvolle Giebelwald im Norden des Landes
- geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG und § 28 LNatSchG
- innerhalb bestimmter Abstände nach den gesetzlichen Vorschriften bzw. den vorgeschriebenen dB(A)-Werten (TA Lärm); bei Siedlungen mindestens das Fünffache der Gesamthöhe der Anlage
- Gebiete, die innerhalb des von der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten empfohlenen Abstands zu bedeutenden Brutplätzen windkraftsensibler Vogelarten liegen (z. B. Rotmilan, Schwarzstorch), landesweit bedeutsame Zugvogelkorridore sowie wertvolle Fledermausgebiete.

Restriktionsgebiete

Windkraftanlagen dürfen hier nur errichtet werden, wenn nachgewiesen werden kann, dass ansonsten die Forderung nach 2 % Flächenanteil nicht erfüllt werden kann (Maßstab hierfür sollten die Regionen der Raumordnungspläne sein) und eventuelle Schutzziele eingehalten werden. Restriktionsgebiete sind:

- Kernzonen der Naturparke
- Wälder mit kulturhistorischer Bedeutung und solche mit einer Eignung zur Entwicklung naturnaher Wälder
- Markante Landschaftsübergänge
- Kulturlandschaften oder deren Teile mit besonderer naturräumlicher oder kulturhistorischer Bedeutung (z.B. UNESCO-Weltkulturerbegebiete)



Gunstbereiche

Auf den restlichen Flächen sind Windkraftanlagen grundsätzlich zu befürworten. Die Kriterien für Gunstbereiche als sinnvolle Flächen sind:

- Besonders windhöfliche Standorte
- Zuordnung zu anderen technischen Anlagen und vorbelasteten Bereichen, z. B. Lage bei Gewerbe- und Industriegebieten, Straßen, Stromleitungen
- Konzentrierung in Windparks statt Einzelanlagen
- Anlagen größerer Leistung (geringere Anzahl von Standorten)
- Keine Höhenbegrenzung der Anlagen, im Wald möglichst großer Abstand der Rotorblätter zu den Baumkronen

Erstellt vom Landesvorstand des BUND Rheinland-Pfalz mit Beratung der Arbeitskreise Energie, Naturschutz und Wald

BUND Rheinland-Pfalz, Hindenburgplatz 3, 55118 Mainz

Stand: April 2012

BUND-RLP-Positionspapier beschlossen auf der Landesdelegiertenversammlung 2012

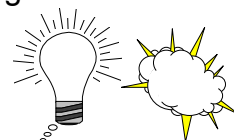
Natura 2000-Gebiete als Ausschlussflächen für Windenergie im LEP IV

Beschluss der Landesdelegiertenversammlung des BUND RLP vom 21.04.2012:

Die Landesdelegiertenversammlung des BUND-LV Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung auf, im Rahmen des geplanten Ausbaus der Windenergie im neuen Landesentwicklungsplan LEP IV – Teilfortschreibung „Erneuerbare Energien“ für alle ausgewiesenen NATURA 2000 – Schutzgebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete) Ausschlussflächen festzulegen (Z163d).

Sie bittet den BUND-Landesvorstand, dies und die Forderungen des neuen BUND-Windpositionspapiers „Windenergie ausbauen – naturverträglich!“ vom 21.4.2012 zum Natur- und Artenschutz deutlich bei der Landesregierung und den regionalen sowie kommunalen Entscheidungsträgern einzufordern.

Beschlossener Initiativantrag zur BUND-Landesdelegiertenversammlung am 21.4.12



Stellungnahme der anerkannten Naturschutzverbände zur Teilfortschreibung des LEP IV

Zusammenfassung:

Die in Rheinland-Pfalz nach dem Landesnaturschutzgesetz anerkannten Verbände sprechen sich für einen schnellen und naturverträglichen Ausbau der regenerativen Energien in Rhein-land-Pfalz aus. Sie erachten neben dem Energiesparen den Ausbau der Windkraft als einen zentralen Bestandteil der Energiewende und unterstützen das Ziel, mit einer Verfünffachung der Windenergieleistung bis 2030 eine 100%ige Deckung des Stromverbrauchs aus regenerativen Energien zu erreichen und dafür 2 % der Landesfläche für Windenergieproduktion zur Verfügung zu stellen.

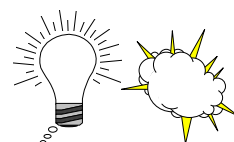
Da es die Umstellung der Energieproduktion nicht zum ökologischen Nulltarif geben kann, ist für die Verbände die Minimierung der Beeinträchtigungen durch eine planvolle Lenkung zwingend erforderlich. Nur durch eine starke Konzentration der Windenergieanlagen lässt sich vermeiden, dass es zu einer flächenhaften, dem Gießkannenprinzip ähnlichen, industriellen Überformung der Landschaft kommt. Diese flächigen Belastungen von Menschen, Natur und Landschaft müssen durch eine übergeordnete Planung minimiert werden, die Ebene der kommunalen Bauleitplanung ist für eine Steuerung nicht geeignet. Dies stellt hohe Anforderungen an die Raumplanung, die mit den vorgeschlagenen Änderungen des Landesentwicklungsprogramms (LEP) in keiner Weise erfüllt werden. Ganz im Gegenteil werden sie zu einem ungesteuerten Wildwuchs der Energieproduktion führen und Naturschutzaspekte werden diesem Ziel weitgehende untergeordnet. Die fast vollständige Freigabe der Landesfläche für Windenergieplanungen überschreitet nicht nur die Grenze des für Mensch und Natur Erträglichen, sondern geht auch weit über das für eine Energiewende erforderliche Maß hinaus.

Die zehn anerkannten Verbände lehnen deshalb diesen Entwurf mit seinem untauglichen Ansatz, die Energiewende natur-, landschafts- und sozialverträglich zu gestalten, grundlegend ab und fordern die Landesregierung auf, einen deutlich anderen Weg für die Steuerung der Energiewende einzuschlagen.

Zu den Regelungen im Einzelnen:

Wir begrüßen, dass das LEP die Regionalen Planungsgemeinschaften verpflichtet, Vorrang- und Ausschlussgebiete für die Windenergieproduktion festzulegen. Dies wäre ein geeignetes Lenkungsinstrument, wenn

- diese Vorrang- und Ausschlussgebiete ausreichend groß dimensioniert wären,
- die Vorranggebiete mit Ausschlusscharakter für die restlichen Gebiete verbunden wären und
- sie so zeitnah in Kraft treten würden, dass nicht zuvor vollendete Tatsachen durch die kommunale Genehmigungspraxis geschaffen wären.



Keines dieser drei Kriterien wird erfüllt:

Die Vorranggebiete werden nicht mit einer Ausschlusswirkung für die restlichen Gebiete verbunden. Außerhalb der Vorranggebiete obliegt die Entscheidung, ob Windenergieanlagen zulässig sind, der kommunalen Bauleitplanung.

Die Ausschlussgebiete nur auf Naturschutzgebiete, die Kernzone des Biosphärenreservats Pfälzerwald und wenige weitere Kleinflächen zu beschränken, bedeutet, dass nur ca. 2 % der Landesfläche aus Naturschutzgründen ausgeschlossen sind. Im Umkehrschluss bedeuten die zusammen 4 % Vorrang- und Ausschlussflächen, dass rein rechnerisch 96% der Landesfläche der kommunalen Bauleitplanung überlassen bleiben – auch wenn es hier natürlich Einschränkungen durch Baugebiete usw. gibt. Standortentscheidungen aus Renditegesichtspunkten, die übergeordnete, hoheitliche Notwendigkeiten, wie kumulative Beeinträchtigungen und überregionale Zusammenhänge (z.B. Vogelzug) kaum berücksichtigen, werden die Folge sein. Dies stellt keine ausreichende raumplanerische Lenkung dar. Das Ergebnis wird eine flächige industrielle Überformung der Landschaft sein, die von uns abgelehnt wird.

Die durch das LEP geforderte Überarbeitung der Regionalen Raumordnungspläne wird erst zu einem Zeitpunkt umgesetzt sein, zu dem bei der augenblicklichen Dynamik die meisten Flächen bereits durch kommunale Entscheidungen überplant sind. Außerdem wird sie in den Regionen, in denen die Regionalen Raumordnungspläne die notwendige Lenkungswirkung entfalten, diese wieder aufheben. Gerade die Regionalen Raumordnungspläne Rheinhessen-Nahe und Westpfalz beinhalten Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung für die restlichen Flächen. Diese Ausschlusswirkung müsste bei einer Anpassung an das LEP wieder aufgegeben werden und würde damit ihre Lenkungswirkung verlieren. Dies ist abzulehnen. Statt-dessen sind diese Pläne unverzüglich und dauerhaft in Kraft zu setzen.

Zu den einzelnen Zielen und Grundsätzen:

Zu Z 163:

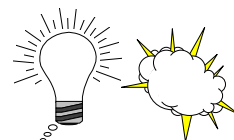
Die Gleichrangigkeit von Regionalplanung und Bauleitplanung ist abzulehnen. Eine übergeordnete Lenkung ist nur über die Regionalplanung möglich.

Zu Z 163 b:

Es sind ausreichend große Vorranggebiete auszuweisen. Um das Ausbauziel zu erreichen, können sie auch mehr als 2% der Landesfläche umfassen. Verbunden damit sind alle restliche Flächen auszuschließen.

Zu Z 163 c:

Für die energiepolitische Zielerreichung sind 2% der Landesfläche erforderlich. Die Auswahl der Gebiete muss nach qualitativen Kriterien erfolgen. Eine quantitative Festlegung auf mind. 2 % der Waldfläche ist abzulehnen.



Zu Z 163 d:

Die definierten Ausschlussgebiete sind völlig unzureichend. Neben den für WEA ausgeschlossenen Naturschutzgebieten gibt es weitere für den Naturschutz hoch bedeutsame Gebiete, die keinen Schutzstatus besitzen. Diese müssen als Vorranggebiete für den Naturschutz unbedingt als Tabuzonen für WEA definiert werden. Dazu zählen z.B. Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz, naturschutzfachlich besonders wertvolle Waldlebensräume, Vogelzugkorridore und Vogelrastgebiete, Brutgebiete besonders gefährdeter Arten sowie Gebiete mit Vorrang für die stille Erholung des Menschen.

NATURA-2000-Gebiete betrachten wir als Vorranggebiete für den Naturschutz, in denen WEA nicht akzeptabel sind. Auch außerhalb der NATURA-2000-Gebiete sind ausreichend windhöfliche Flächen zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele verfügbar, so dass diese für den Naturschutz wichtige Flächen nicht benötigt werden.

WEA dürfen in Kernzonen der Naturparke nur errichtet werden, wenn auf der Ebene der Regionalen Raumordnungspläne keine 2 % Vorrangflächen außerhalb der Kernzonen ausgewiesen werden können.

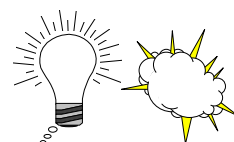
Zu G 166:

Die Inanspruchnahme von ertragsschwachen Grünlandflächen ist nicht akzeptabel, da diese ökologisch besonders wertvoll sind. Seit 2003 sind in Rheinland-Pfalz über 18.000 ha Grünland umgebrochen worden, darunter ein hoher Anteil an ertragsschwachem, ökologisch wertvollem Grünland. Eine weitere Inanspruchnahme durch Fotovoltaik muss deshalb abgelehnt werden.

Zu den Aussagen der Strategischen Umweltprüfung:

Viele der Aussagen der Strategischen Umweltprüfung sind unseres Erachtens falsch. Als Gegenmaßnahme für die „potentiellen erheblichen negativen Umweltauswirkungen“ wird die Festlegung von Vorranggebieten und Ausschlussgebieten dargestellt (s. 12). Dass dies wegen der quantitativen Ausprägung und der Überplanungsfähigkeit der Restflächen genau zum Gegenteil führt, wurde vorstehend bereits dargelegt. Diese Aussage ist damit als Falschbehauptung abzulehnen. Ebenso falsch ist die Behauptung, dass die Verfünffachung der Windenergie zu einer Verbesserung der Arten- und Naturschutzsituation des Landes Rheinland-Pfalz führen wird (S. 13). Das Gegenteil ist der Fall. In Rheinland-Pfalz werden lokal nur wenige Arten vom Klimawandel verdrängt – der vorgegebene gießkannenmäßige, flächenmäßige Ausbau der Windenergie wird dagegen viele Arten und den Menschen massiv beeinträchtigen. Ebenso falsch ist die Aussage, dass die Erholungsfunktion nicht beeinträchtigt wird (S.13). Bei der durch diese LEP-Änderung präjudizierten Entwicklung wird es in 10 Jahren in Rheinland-Pfalz kaum Sichtperspektiven ohne Windenergieanlagen geben. Diese flächenhaft industriell überformte Landschaft beeinträchtigt die Erholungsfunktion sehr stark.

Die Aussagen in Bezug auf Windenergieanlagen im Wald werden nicht geteilt. Im Entwurf werden WEA im Wald wegen der geringeren Sichtbarkeit gegenüber dem Offen-



land befürwortet. Die Zerschneidungseffekte durch Wege- und Leitungstrassen und die ökologische Beeinträchtigung der Wälder bleiben dabei völlig unberücksichtigt.

Ergebnis:

Die Teilfortschreibung des LEP IV Kap. 5.2.1 Erneuerbare Energien führt zu einer ungesteuerten gießkannenmäßigen Verteilung der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz. Bei ihrer Realisierung wird es mittelfristig keine Sichtperspektive ohne Windräder mehr geben. Diese Umsetzung der Energiewende erfolgt planlos und ist mit erheblichen negativen Umweltauswirkungen für Mensch und Natur verbunden. Sie wird deshalb von den anerkannten Verbänden abgelehnt.

Statt der planlosen Überlassung des Windenergieausbaus in der kommunalen Bauleitplanung müssen ausreichend dimensionierte Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung für die restlichen Flächen auf der Ebene der Regionalen Raumordnungspläne ausgewiesen werden. Darin sind die Aspekte der Energiepolitik mit dem Schutzbedürfnis von Natur, Landschaft und Menschen abzuwägen. Um bis zu dieser Umsetzung entgegengesetzte Entwicklungen zu verhindern, ist kurzfristig eine restriktive Genehmigungspraxis durch einen Windenergieerlass vorzugeben, der die späteren raumplanerischen Regelungen vorwegnimmt.

27. April 2012

Siegfried Schuch

Vorsitzender des NABU Rheinland-Pfalz

Dr. Holger Schindler

Vorsitzender des BUND Rheinland-Pfalz

Dr. Peter Keller

Vorsitzender der Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz GNOR

Kurt Alexander Michael

Präsident des Landesjagdverbandes Rheinland-Pfalz

Andreas Grauer

Geschäftsführer der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Rheinland-Pfalz

Dr. Rudolf Ahrens-Botzong

Umweltreferent der Naturfreunde Rheinland-Pfalz

PD Dr. Hans-Wolfgang Helb

Präsident der Pollichia - Verein für Naturkunde und Landespflege

Heinz Günster

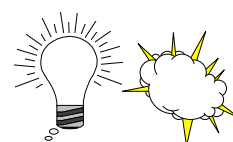
Präsident des Landesfischereiverbandes Rheinland-Pfalz

Dr. Klaus Weichel

Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine

Wolfgang Wenghoefer

Vorsitzender der Landesaktionsgemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz



Naturschützer gegen Windpark

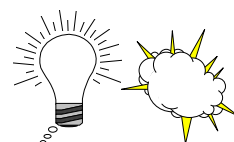
Heftige Kritik von Naturschützern erntet der rheinhessische Konzern für erneuerbare Energien, Juwi, mit dem Bau eines Windparks im Hunsrück. Gestern haben die Rodungen begonnen, obwohl die Anlagen selbst noch nicht genehmigt sind.

Bis Ende des Jahres will Juwi im Soonwald in der Nähe der Gemeinde Ellern acht Windräder nach neuester Bauart errichten. Der rheinland-pfälzische Naturschutzbund (Nabu) wirft dem Unternehmen vor, die Umweltuntersuchungen seien "defizitär beziehungsweise gar nicht vorhanden". Wegen der Rodung der Waldflächen seien seltene Fledermausarten gefährdet, sagte der stellvertretende Nabu-Vorsitzende Andreas Lukas. Die Naturschützer kündigten Proteste gegen den Windpark an. Der Konzern wies die Kritik gestern zurück: Juwi berücksichtige alle naturschutzrechtlichen Anforderungen und schaffe durch Aufforstung neuen und höherwertigen Lebensraum für Fledermäuse. Energiewende und Naturschutz sind für uns keine Gegensätze", sagte Juwi-Vorstand Willenbacher. Beides gehöre zusammen und werde immer berücksichtigt.

Der zuständige Landrat des Rhein- Hunsrück-Kreises, Bertram Fleck (CDU), spricht bei dem Ja für den Windpark von einer schwierigen Entscheidung. "Persönlich hätte ich den Soonwald gerne von der Windkraft frei gehalten, aber als Chef der Genehmigungsbehörde muss ich Recht und Gesetz beachten", sagte Fleck. Bis zur Erteilung der Genehmigung werde es noch einige Wochen dauern. Aus artenschutzrechtlichen Gründen müssten allerdings die Rodungen bis spätestens Mitte März erfolgen. Danach seien solche Arbeiten mit Rücksicht auf den Schutz der Brutvogelbestände und die Setzzeit der Wildkatze nicht mehr möglich. Dieser Fall würde laut Fleck einen Zeitverzug für den Bau der Windräder von etwa einem Jahr bedeuten.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord und das rheinlandpfälzische Umweltministerium hätten die Kreisverwaltung am 1. März angewiesen, den vorzeitigen Baubeginn samt der Rodungen zu erlauben, sagte Fleck weiter. Dies sei möglich, weil mit einer positiven Entscheidung zur eigentlichen Genehmigung des Windparkprojekts gerechnet werde. Wie berichtet, ist der Soonwald einer der möglichen Standorte für den in Rheinland-Pfalz geplanten Nationalpark.

Rheinpfalz vom 3.3.12



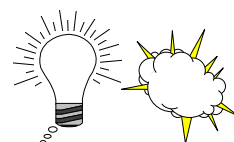
Windkraft: Baugenehmigung ist nicht nötig

Unberührte Natur ist selten geworden im Hunsrück. Bislang galt der Soonwald als eine der letzten Rückzugsflächen in der Region - vor der Windkraft. In den Planungen für einen Nationalpark in Rheinland-Pfalz stand das jahrhundertalte wertvolle Waldgebiet ganz oben auf der Liste. Nun fürchten Naturschützer, dass der Soonwald als Schutzfläche verloren ist, da die Firma Juwi dort nahe der Gemeinde Ellern acht große Windkraftanlagen aufstellen will.

Der Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises, Bertram Fleck, hat jüngst als Verwaltungschef einem Antrag der Firma Juwi auf vorzeitigen Baubeginn entsprochen, obwohl die maßgebliche Baugenehmigung seiner Behörde noch nicht vorliegt. Mit dieser Entscheidung setzte eine Rodung auf der Nordseite des nahezu unberührten Soonwaldkamms ein, die Naturschützer auf die Barrikaden treibt. Sie fürchten, dass der "Sündenfall" an der Grenze zum potenziellen Nationalpark zum Präzedenzfall wird und weiteren, bislang ungeahnten Projekten Vorschub leistet.

"Ich bekenne mich zu den erneuerbaren Energien", sagt Fleck. Immer wieder wird er zu überregionalen Seminaren und Foren eingeladen, Flecks Kreis gilt als Vorzeigemodell für das Etablieren von Windkraftanlagen. Bereits vor rund drei Jahren wurde in dieser Region durch Windkraft so viel Energie erzeugt, dass damit der komplette Energiebedarf des Kreises gedeckt werden könnte. "Wenn wir die Energiewende wollen, brauchen wir die Windkraft", sagt Fleck. Ihm wäre es auch lieber, wenn der über die Flächennutzungspläne der Verbandsgemeinden gesteuerte Ausbau der Anlagen im Rhein-Hunsrück -Kreis planvoller wäre, als er heute daherkommt. "Ich habe vor Jahren versucht, die Bürgermeister der sieben Verbandsgemeinden dazu zu bringen, dass sie eine gemeinsame Planung betreiben." Aber dies ist nicht der Fall, jede Verbandsgemeinde arbeitet isoliert - und so bleibt der Kreis nur bei den Genehmigungen maßgebend. Der Kreis prüft die Anträge sehr intensiv und lehnt auch Standorte ab, gegen die rechtliche Bedenken bestehen. So wurde auch eine im Soonwald geplante Anlage letztlich gekippt.

Gerade im Fall der Soonwald- Windräder steht Landrat Fleck dennoch am Pranger, obwohl die Ausweisung der Standortflächen für Windenergie gezielt von der zuständigen Verbandsgemeinde Rheinböllen im Flächennutzungsplan vorgenommen wurde. Das war laut Fleck eine freie Entscheidung der Verbandsgemeinde, diese hätte genauso gut darauf verzichten können. Für die Naturschützer des Naturschutzbundes (Nabu) rückt der Kreis dennoch in den Mittelpunkt der Kritik. Kritikpunkte, dass im Genehmigungsverfahren maßgebliche Gutachten beispielsweise bezüglich der Bechsteinfledermaus nicht vorgelegt wurden, kann Fleck genauso ausräumen wie die Verantwortung von seiner Behörde weisen. Er hat beim Baurecht in seiner Funktion als staatlicher Auftragsverwalter keine Einflussmöglichkeit auf das laufende Verfahren. Seine Behörde prüft die Anträge und die Einsprüche, kann aber selbst nur wenig agieren.



Als Juwi Mitte Februar den Antrag auf eine vorzeitige Baugenehmigung für die acht Soonwald-Windräder stellte, schwante Fleck nichts Gutes: Seit April 2011 läuft der Bauantrag, dessen Genehmigung wird in der Kreisverwaltung in Kürze erwartet. Jedoch will Juwi so schnell wie möglich mit dem Bau beginnen und hat den Antrag gestellt, um die notwendige Rodung vor dem Beginn der Brutzeit vorzunehmen. Obwohl es noch keine Baugenehmigung gibt.

"Wir haben verwaltungsintern den Klageweg geprüft", erklärt Fleck, der sich keineswegs als derjenige empfindet, der dem Juwi- Vorstoß grünes Licht gab. "SGD Nord und Ministerium haben uns angewiesen." Nachdem der Nabu bei der SGD Nord einen sogenannten Umweltschadensantrag gestellt hat, ging alles sehr schnell: Die SGD forderte vom Kreis die einschlägigen Unterlagen an, sichtete mehrere Aktenordner in kürzester Zeit und erteilte der Kreisverwaltung die Weisung, dem Juwi- Antrag stattzugeben. "Wir haben Wert darauf gelegt, dass es sich um eine ausdrückliche Weisung handelt", erklärt Christian Keimer, Kreisverwaltungsdirektor. Denn für den Kreis bedeutet dies im Streitfall einen Haftungsausschluss. Auf diese Weise wurden - auf für Naturschützer sehr zweifelhafte Weise - Fakten geschaffen. Mit der vorzeitigen Baugenehmigung begann sofort die Rodung im Soonwald. Wer dort die stärkere Position hat, zeigt nicht nur das schwere Gerät, das im Wald zum Einsatz kam. Angesichts eines Gesamtvolumens des Projekts von rund 80 Millionen Euro hat sich der Kreis sehr genau überlegt, ob er den Klageweg gegen - so scheint es - ungeliebte Windräder beschreitet.

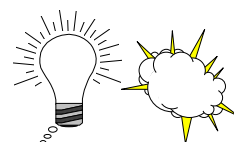
Die Kalkulation der Juristen ergab minimale Chancen vor Gericht und maximale Kosten: "Wenn sich durch eine Klage der Bau beispielsweise um ein Jahr verzögern würde und wir verlören, müssten wir allein an ausgefallenen Einspeisevergütungen für ein Jahr rund 11 Millionen Euro zahlen" , erklärt Fleck. Solche Summen können Naturschutzverbände schon gar nicht aufbringen. Juwi mag trickreich sein", sagt Fleck, "aber keineswegs dumm, die wollen Rechtssicherheit."

Naturschützer betrachten das Projekt Nationalpark Soonwald mit der Genehmigung nun grundsätzlich als gestorben, da südlich des Soonwaldkamms im Kreis Bad Kreuznach weitere acht Windräder projektiert sind. Fleck widerspricht: "Ich habe mit Umwelt-Staatssekretär Thomas Griese intensive Gespräche geführt - auch unter Zeugen. Er hat gesagt, dass Ellern kein K.-o.-Kriterium für den Nationalpark ist.

Rhein-Zeitung vom 13.3.12

AKW-Generator reist jetzt nach Ägypten

Schritt für Schritt wird das Atomkraftwerk (AKW) Mülheim-Kärlich zurückgebaut. Gestern sind drei Großkomponenten über den Rhein abtransportiert worden. Dabei handelt es sich um die Bestandteile des Generators, genauer den Stator, also den zylinderförmigen, feststehenden Teil und die beiden beweglichen Läufer.



ENERGIE-INFO

SEITE 30

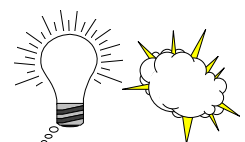
Die drei Teile sind jeweils 21 Meter lang. Der Stator wiegt 425 Tonnen, die Läufer je 250 Tonnen. Radioaktiv sind die Komponenten nicht, sie haben zum Sekundärkreislauf des AKW in Mülheim-Kärlich gehört. Sorgfältig verpackt, werden sie zunächst ins niederländische Eemshaven und später nach Nordägypten verschifft. Dort wird die gesamte Turbogruppe, bestehend aus dem Generator und zwei Turbinen, die bereits im vergangenen August abtransportiert wurden, in einem Gas- und Dampfkraftwerk wieder aufgebaut.

"Der genaue Standort steht noch nicht fest", sagt Thomas Eiben. Er ist Projektleiter bei der Frankfurter Firma 3Y Logistic, die sich auf die Verlagerung ganzer Fabriken spezialisiert hat. Vom Energiekonzern RWE, dem das Kernkraftwerk in Mülheim-Kärlich gehört, hat sie den Auftrag für den kompletten Rückbau des Maschinenhauses erhalten. Den genauen Preis möchte Eiben nicht nennen, spricht aber von einem zweistelligen Millionenbetrag und ergänzt: "Der Transport heute kostet uns um die 210.000 Euro."

Und er ist entsprechend aufwendig, wie Thomas Briefs von der Firma Rolf Riedl aus Hagen erläutert. Ihn hat Eiben mit der Logistik beauftragt: Die Läufer werden auf zwei zwölfachsigen Sattelfahrzeugen zunächst auf dem kurzen Landweg über die Kreisstraße 44 zum nahe dem Kraftwerk gelegenen Nato-Anleger am Rhein überführt. Der Stator kommt auf einem Selbstfahrer hinterher. "Das geht nur sehr langsam, dafür müssen wir die Straße kurz sperren", sagt Briefs. Vom Anleger geht es dann auf ein niederländisches Pontonschiff, das die schwere Fracht nach Eemshaven bringt.

Briefs Leute - 14 sind an diesem Tag im Einsatz - stehen aber erst einmal vor einem ganz anderen Problem: Für den Übergang vom Nato-Anleger zum Schiff muss eine Rampe aus schweren Metallplatten verlegt werden. Der Kran, der das erledigen soll, soll seitlich über eine Wiese an das Schiff heranfahren - würde aber im nach dem Frost der vergangenen Wochen aufgeweichten Boden immer wieder einsinken. Eine zweite Rampe für den Kran muss her. Ein Mini-Bagger verlegt schmale Stahlplatten. Das Konstrukt hält. Die Aktion bringt aber den Zeitplan durcheinander: Zwar rollt der Stator pünktlich gegen 13.30 Uhr über die K 44. Da sollten die beiden Läufer längst auf dem Schiff sein. Insgesamt beginnt das Beladen rund drei Stunden später als geplant.

Und schon beim ersten Läufer taucht das nächste Hindernis auf: Langsam, Millimeter für Millimeter, rollt das Sattelfahrzeug den Nato-Anleger hinab, doch kaum ist es an der Metallrampe angekommen, springt eine der Platten aus der Verankerung. Weiterfahrt unmöglich. Die Männer versuchen zunächst, den Schlepper mit einer zweiten Zugmaschine wieder den Anleger hinaufzuziehen. Die Lösung ist schließlich ganz einfach: Einer der niederländischen Schifflleute greift zum Vorschlaghammer und bringt die Platte mit zwei, drei Schlägen wieder an ihren Platz. Dann geht es recht zügig. Um kurz nach 19 Uhr ist auch der Stator verladen - und Briefs froh, dass alles doch noch so gut geklappt hat: "Die Probleme mit dem Boden heute Morgen haben uns etwas in Verzug gebracht, aber sonst bin ich sehr zufrieden", sagt er am Ende eines Arbeitstages, der für ihn und sein Team um 5 Uhr in der Früh begonnen hatte.



Als letzte Großkomponente wird übrigens im Frühjahr 2012 ein Speisewasserbehälter das AKW Mülheim-Kärlich in Richtung Ägypten verlassen. Er ist 38 Meter lang - und sein Abtransport, meint Eiben, wird wohl ähnlich spektakulär wie der des Generators.

Was wird aus dem Kühlturm?

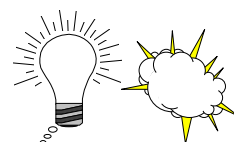
Parallel zum Rückbau des Maschinenhauses finden Arbeiten am Reaktor des Kernkraftwerkes statt. Während die meisten anderen Bauteile gereinigt und frei von Radioaktivität zurück in den Wertkreislauf gegeben werden konnten, fallen am Reaktor rund 3000 Tonnen Material an, die in ein atomares Endlager gebracht werden müssen. Das wird der Schacht Konrad bei Salzgitter sein. Der ist aber erst 2019 fertig - und laut RWE-Sprecherin Dagmar Butz werden Reaktorkuppel und Druckbehälter, in dem bis 2002 die Brennstäbe lagerten, so lange auch stehen bleiben. Und der Kühlturm? Laut Zeitplan sollte er 2013 fallen. Um ihn konventionell abreißen zu können, muss der Turm aus dem Atomgesetz entlassen werden. RWE hat das beantragt. Nach wie vor laufen auch Verhandlungen mit dem Künstler Anselm Kiefer. Er hatte Interesse am Turm angemeldet. Sollte Kiefer den Turm tatsächlich übernehmen, müsste er aber kräftig investieren, sagt Butz: "Der Turm trägt nur sich selbst. Schon wenn man ihn von außen anmalt, gefährdet das die Statik." Von einem Innenausbau ganz zu schweigen. Zumindest die Politik bevorzugt ohnehin eine andere Nutzung des Geländes, nämlich eine gewerbliche. Eine entsprechende Stellungnahme hat Landrat Alexander Saftig mit den Bürgermeistern von Stadt und Verbandsgemeinde Mülheim-Kärlich verfasst und an RWE geschickt. Der Konzern habe zugesagt, die Interessen der Kommunen zu berücksichtigen, heißt es aus dem Kreishaus.

Rhein-Zeitung vom 24.2.12

Kalzip liefert Schutzhülle für Tschernobyl

Großauftrag für die Koblenzer Kalzip GmbH: Der Spezialist für Dachdeckungen, Fassadenverkleidungen und Gebäudehüllen aus Metall liefert eine gigantische Edelstahlkonstruktion für das Kernkraftwerk Tschernobyl. Der Unglücksreaktor soll eine neue luftdichte Schutzhülle erhalten, die die kommenden 100 Jahre hält. Diese wiederum wird durch das komplexe System aus Koblenz vor Einflüssen von außen abgeschirmt. Die Arbeiten laufen auf Hochtouren.

Seit der Katastrophe am 26. April 1986 ist das Atomkraftwerk Tschernobyl das Symbol für die Gefahren, die von einer zivilen Nutzung der Kernkraft ausgehen können. Noch 2000 Kilometer vom Unglücksort entfernt wurden erhöhte Strahlenwerte gemessen. Wahrscheinlich starben Zehntausende von Menschen an den Langzeitfolgen der Katastrophe. Seit dem Unglück ist eine ganze Region unbewohnbar. Unmittelbar nach dem Unglück errichtete man einen Schutzmantel aus Stahlbeton, um weitere Belastungen



für die Umwelt einzudämmen. Der als Provisorium gedachte "Sarkophag" reicht schon lange nicht mehr aus und muss durch eine dauerhafte Lösung ersetzt werden. An dieser wird bereits seit fünf Jahren gearbeitet. Und die Koblenzer liefern das Dach für die neue Sicherheitskonstruktion, die, sich bogenförmig über den zerstörten Reaktorblock und den alten Betonsarkophag spannen wird.

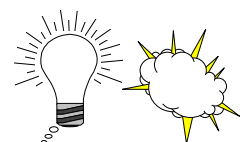
Der in Koblenz ansässige und weltweit aktive Hersteller hatte bereits Ende März den Zuschlag für die Bauteile der Innen- und Außenhülle aus Edelstahl erhalten. Das Besondere sind nicht nur die Dimensionen, sondern auch der Herstellungsprozess. Die erforderlichen Komponenten werden ab August direkt an Ort und Stelle hergestellt. Zu diesem Zweck wurde bereits damit begonnen, Materialien und Maschinen direkt in die Ukraine zu liefern. Schon beim Blick auf das Gesamtgewicht der Konstruktion ist das Verfahren einleuchtend. Geht es doch um 29.000 Tonnen Material, eine Konstruktion mit einer Spannweite von 257 Metern. Die Höhe des Dachs, das 2015 fertig sein soll, liegt bei 105 Metern, seine Länge bei 250 Metern.

Jörg Schwall ist mit dem bereits Erreichten sehr zufrieden. "Ausschlaggebend für den Zuschlag waren die Testergebnisse dieser eigens für diese Anwendung entwickelte Speziallösung", erklärt der Kalzip-Geschäftsführer. Er weist darauf hin, dass die Ingenieure hohe Anforderungen erfüllen müssen. Die Konstruktion muss so ausgelegt sein, dass sie selbst bei den stärksten Tornados den extrem Windsogkräften standhalten muss.

Die Konstruktion ist Teil eines gewaltigen Schutzprojektes, das die Ukraine bereits 2007 ausgeschrieben und vergeben hatte. Am Ende setzte sich Novarka durch. Unter diesem Namen firmiert eine Arbeitsgemeinschaft, die eigens für das gigantische Tschernobyl-Projekt gegründet wurde. Die Hauptrolle spielen zwei französische Baukonzerne: der börsennotierte Weltmarktführer Vinci und der fünftgrößte europäische Baukonzern Bouygues. Weitere Mitglieder des Konsortiums sind die deutschenglische Nukem, der Baukonzern Hochtief und mehrere ukrainische Unternehmen. Diese Spezialisten wollen verhindern, dass weitere radioaktive Partikel in die Atmosphäre gelangen. So soll Tschernobyl in einen ökologisch sicheren Zustand überführt werden. Die Aufgabe der Koblenzer ist es zu verhindern, dass Wind und Wetter dem neuen „Schutzschild“ zusetzen.

Über die Höhe der Kosten haben die Partner Stillschweigen vereinbart. Sicher ist, dass die G-8-Staaten und die EU einen großen Teil der Kosten übernehmen. Auch die Ukraine beteiligt sich.

Rhein-Zeitung vom 17.4.12



BUND will Stromspeichergesetz

Dezentrale Möglichkeiten, Strom zu speichern, sind nach Auffassung des rheinland-pfälzischen Landesverbands des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) wesentlich für die Energiewende. So, wie es Anreize für die Stromerzeugung aus regenerativen Quellen gibt, müsse es ein Gesetz für das Stromspeichern geben, forderte Michael Ulrich, Referent für Umweltschutz des BUND, gestern in Mainz.

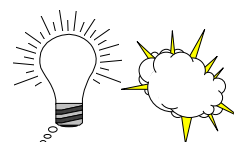
Die Stadtwerke Speyer sind für den BUND vorbildlich in ihren Konzepten, Strom dezentral zu erzeugen und zu speichern. Stadtwerke-Geschäftsführer Wolfgang Bühring räumte allerdings ein, dass die Speichertechnologie technisch ausgereift, aber noch nicht wirtschaftlich sei. Deshalb lässt die Praxisumsetzung des Konzeptes auf sich warten. Bereits 2008 hat die Domstadt beschlossen, bis zum Jahr 2030 den Strom zu 100 Prozent aus regenerativen Quellen zu beziehen und nach weiteren zehn Jahren auch den Wärmebedarf auf diese Weise zu decken.

Die in der Stadt installierte Fotovoltaik- Leistung von acht Megawatt kann laut Bühring zwar auf den Dächern in der Stadt verdreifacht werden. Aber für den Betrieb notwendiger Windkraftanlagen gehen die Stadtwerke Kooperationen im Umland ein. "Wir können ja neben den Dom keine Windkraftanlage stellen", sagte Bühring. Die Investitionen, die nötig seien, um das Verteilernetz fit zu machen für die Energiewende, werden laut Bühring eine zweistellige Millionensumme kosten. Diese Aufwendungen werden von der Netzregulierungsbehörde aber nicht anerkannt und dürfen entsprechend nicht an die Kunden weitergegeben werden. Dies müsse auf Bundesebene geändert werden, forderte der Stadtwerkechef, der auch Sprecher des Verbandes kommunaler Unternehmen in Rheinland-Pfalz ist.

Wolf von Fabeck, Geschäftsführer des Solarenergiefördervereins SFV, einer Interessenvertretung privater Solarstromproduzenten, rechnete vor, dass zur bilanziellen Deckung des Energiebedarfs für Strom, Wärme und Verkehr nicht nur in sehr hohem Umfang Dächer- und Fassadenflächen mit Fotovoltaikanlagen bestückt werden müssten. Sondern darüber hinaus müssten 10 Prozent der Acker- und der Waldflächen für Windkraftanlagen genutzt werden. Dies schließe ein, dass beim Stromspeichern Energie verloren gehe.

Die rot-grüne Landesregierung in Mainz hält es für ausreichend, 2 Prozent der Landesfläche mit Windkraftanlagen zu bestücken. Die energetische Zielsetzung dahinter ist weniger weitreichend als die Fabecks. Bis 2030 soll rechnerisch der Strombedarf in Rheinland-Pfalz aus regenerativen Quellen gedeckt werden.

Rheinpfalz vom 20.3.12



Noch gibt es viele Baustellen auf der Stromautobahn

In Deutschland soll 2015 die erste dringend benötigte Nord- Süd-Stromautobahn ausgebaut sein. Dann könnte eine 380.000 Kilovolt-Leitung zusätzlichen Strom von Windanlagen in der Nordsee bis in die großen Verbrauchszentren in den Süden transportieren. Die Trasse ist aber nur eine von vielen benötigten. Im Norden steht die Netzgesellschaft Tennet unter Druck. Sie muss die Netze an Land ausbauen und gleichzeitig die Windparks auf See anschließen. Dazu ist sie gesetzlich verpflichtet.

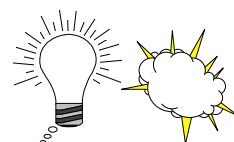
Trotz einiger Fortschritte beim Leitungsbau an Land drohen Verzögerungen. Jahrzehnte hatten die Netzbetreiber, die damals noch zu den großen Versorgungskonzernen gehörten, wenig für den Ausbau getan. Teils war es auch nicht notwendig.

Die Ausbaustufe der neuen, westlichen Trasse verläuft von Ostfriesland bis Koblenz. Von dort aus führen bereits zwei Höchstspannungsleitungen tiefer in den Süden ins Rhein-Main-Gebiet mit Großabnehmern wie BASF und weiter nach Baden-Württemberg zu den Autoindustrien.

Die Netzgesellschaft Amprion, zuständig für die westlichen Teile Deutschlands, kann den Netzausbau entspannter angehen. Sie steht nicht wie Tennet unter dem Druck der Offshore-Anbindungen. Schon beim ersten Beschluss zum beschleunigten Atomausstieg von 2002 hatte die Netzgesellschaft Amprion, damals noch RWE zugehörig, den Netzausbau geplant. Allerdings steht auch die verkaufte RWE-Tochter nach dem schnellen Abschalten von sieben Atommeilern unter Druck. An den kalten Wintertagen wurde es bei allen vier Netzbetreibern eng.

Vor allem im Süden fehlt nach der ersten AKW-Stillegungsrunde Energie. Konventionelle Kraftwerke sind dort Mangelware, weil es schon immer günstiger war, Kohlekraftwerke dort zu bauen, wo die Kohle ankommt oder gefördert wird: an der Küste oder im Ruhrgebiet, heißt es beim Netzbetreiber Amprion. Dazu kommen noch ein paar Tausend Megawatt aus dem Braunkohlerevier im Großraum Köln.

Deshalb bleibt es auch nicht beim Ausbau der Westtrasse mit dem Herzstück Meppen-Koblenz. In der Planung ist der Ausbau einer weiteren Verbindung rund 100 Kilometer weiter östlich. Sie führt an Bremen vorbei nach Nordrhein- Westfalen und läuft dann durch das Ruhrgebiet Richtung Frankfurt. Die Fertigstellung erwartet Amprion etwa 2020. Die 380-KV-Leitungen müssen auch nicht völlig neu in die Landschaft gebaut werden. An den meisten Stellen können alte Masten und Leitungen durch neue, leistungsstärkere ersetzt werden.



Tennet will noch nicht sagen, wann der eigene Anteil an der Trasse Bremen-Ruhrgebiet-Frankfurt fertiggestellt sein könnte. Der Netzbetreiber, der das Höchstspannungsnetz im Nordseeraum und einen Korridor bis Bayern betreibt, ist zurückhaltender. Die Behörden verlangen von Tennet, dass ein Teil der Strecke in Richtung NRW über teure Erdkabel gebaut wird. Dagegen wehrt sich Tennet vor Gericht.

Die größten Probleme plagen Tennet an der Nordsee. Windparks sollen auf See wie Pilze aus dem Boden schießen. Der Netzbetreiber hat aber kaum die Kapazität, alle so schnell anzuschließen, wie sie entstehen sollen. Auch braucht er Geldgeber, die die Milliardeninvestitionen mittragen. Tennet wartet jetzt auf Erleichterungen durch den Gesetzgeber. Bis Jahresende soll außerdem ein nationaler Bedarfsplan für Klarheit sorgen, was für die Energiewende Vorrang hat.

Widerstand der Bürger gegen Netzausbau ist groß

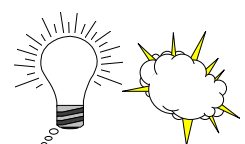
Von der Planung einer neuen Höchstspannungsleitung bis zur Fertigstellung vergehen Jahre. Unsicherheitsfaktoren für die Netzgesellschaften sind rebellierende Anwohner und Vorgaben der Behörden. Der Betreiber Amprion plant zwei Trassenausweitungen von Nord nach Süd. Beide Trassen führen durch Niedersachsen, NRW und Rheinland-Pfalz. Im Norden schließen die Trassen an Bauprojekte von Tennet an.

Auf dem Weg Meppen-Wesel-Neuss kämpft Amprion gleich an mehreren Stellen mit Problemen. Im Raum Neuss muss die Stromleitung zwischen zwei Wohngebieten hindurch. Die Anwohner pochen auf die Verlegung teurer Erdkabel. Das würde Amprion auch machen, obwohl Erdkabel deutlich teurer sind als Freilandleitungen. Ein Kilometer Freilandleitung kostet im Durchschnitt 1,2 bis 1,5 Millionen Euro. Erdkabel sind aber vom Gesetzgeber in dem Bereich nicht vorgesehen. Eine Lösung steht noch aus.

Weiter nördlich bei Raesfeld geht es den Bauern wohl mehr ums Geld. Dort soll ein Erdkabel, rechtlich genehmigt, gelegt werden. Pro Quadratmeter benötigter Fläche will Amprion die Bauern entschädigen. Allgemein wird nach Bodenrichtwert gezahlt. Amprion würde den Bauern 2 Euro geben, die verlangen aber 6 Euro. Wird in alten Trassen neu gebaut, müsste genau genommen nur in neu benötigten Bereichen gezahlt werden, weil vor dem Zweiten Weltkrieg beim Bau der ersten Trasse schon einmal gezahlt wurde. Amprion wolle aber kulant sein.

Allgemein gehen die Netzbetreiber offen auf die Betroffenen zu, bevor diese von anderer Seite von Leitungsneubauten hören. "Es ist besser, wenn man die Menschen direkt anspricht", sagt Sprecher Andreas Preuß. Dann sei die Einsicht größer. Das heißt nicht, dass die Anwohner Eingriffe auch akzeptieren. Ob Ängste vor elektromagnetischen Feldern, Feilschen um Entschädigung oder Ärger wegen verstellter Sicht durch höhere Masten - die Gründe für Widerstand der Anwohner sind vielfältig.

Rhein-Zeitung vom 15.3.12



Geldregen für die Stromfresser

Die Idee an sich ist gar nicht so übel: Die Bundesregierung will der Industrie Geld dafür bezahlen, dass sie im Notfall die Stromabnahme drosselt und die Netze entlastet. Doch der Entwurf des Wirtschaftsministeriums, der das regeln soll, ist schlecht gemacht und teuer. Mehr als 100 Millionen Euro könnte der Plan die Stromverbraucher kosten.

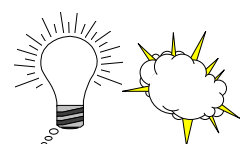
Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) will Anlagen, die kontinuierlich viel Strom verbrauchen, aber kurzzeitig darauf verzichten könnten, einen Bonus zahlen, wenn sie per Fernbedienung von den Leitwarten der Stromnetze ausgeknipst werden können. Bis zu 60.000 Euro pro Megawatt soll es für das Bereitstellen dieser Abschalt-Leistung geben - unabhängig davon, ob sie überhaupt gebraucht wird.

Infrage kommen dafür vor allem Aluminiumhütten und Chemiewerke. Sie können sich auf einen Geldregen freuen: Für einen größeren Betrieb mit einem 200-Megawatt-Bedarf gäbe es zum Beispiel zwölf Millionen Euro pro Jahr. Insgesamt könnten Anlagen mit 1700 Megawatt die Prämie nutzen. Die Zeche würden vor allem die Privathaushalte per Netzgebühr zahlen - insgesamt bis zu 102 Millionen Euro pro Jahr.

Ist der Bonus gerechtfertigt? Die Bundesnetzagentur - eine Behörde, die dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist - hatte vor gut einem Jahr eine Studie erstellen lassen, die diese Frage untersucht. Das unveröffentlichte Papier liegt der Frankfurter Rundschau vor. Darin kommt das Institut Consentec zum Schluss, dass die Abschaltung der Industrieanlagen nur in wenigen Fällen Sinn ergibt: Wenn das europäische Netz in Zellen zerfällt und dort große Erzeugungsdefizite herrschen. Das ist in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten aber nur einziges Mal passiert.

Beim "weitaus größten Anteil an auftretenden Versorgungsunterbrechungen" in Deutschland, so die Autoren der Studie, sei die Abschaltlösung "nicht geeignet". Die Untersuchung setzt deshalb den Wert der Abschaltleistung viel niedriger an als das Wirtschaftsministerium: Angemessen sei eine Prämie in Höhe von 1600 Euro pro Megawatt.

Zwar hat sich das Problem mangelnder Leistung aus Sicht einiger Experten durch den Atomausstieg seit der Entstehung der Studie etwas verschärft. Doch dass die Industriebetriebe nun 40 Mal so viel bekommen sollen wie empfohlen, ruft Empörung hervor. Der Energieexperte des Bundesverbands der Verbraucherzentralen, Holger Krawinkel, sagte der Frankfurter Rundschau: "Die stromintensive Industrie ist von Schwarz-Gelb bereits von den Netzentgelten befreit worden - auf Kosten der Kleinverbraucher. Nun ist das nächste, dreiste Geschenk in Vorbereitung: Ein 100-Millionen-Euro-Bonus für eine Leistung, die wohl nie in Anspruch genommen wird."



Nicht einmal die Profiteure der Prämie sind zufrieden. Christof Bauer, Leiter des Energiemanagements des Chemiekonzerns Evonik, hält es zwar für wünschenswert, dass die Industrie bei der Stabilisierung der Stromnetze helfen soll. Die Abschaltverordnung solle aber dem tatsächlichen regionalen Bedarf entsprechen und mit dem Regenergiemarkt verzahnt werden. "Ein marktwirtschaftliches Verfahren, bei dem der Kreis möglicher Anbieter möglichst groß gewählt wird und der günstigste Anbieter den Zuschlag erhält, wäre unter diesen Gesichtspunkten einer staatlichen Preisfestsetzung vorzuziehen", sagte Bauer.

Frankfurter Rundschau vom 9.2.12

Erdöl-Förderung in Rheinland-Pfalz gestiegen

In Deutschland ist im vergangenen Jahr zwar weniger Erdgas gefördert worden als 2010, doch die Erdölproduktion hat erstmals seit 2003 zugenommen - in Rheinland-Pfalz sogar von 102.000 auf 170.000 Tonnen. Nach den gestern in Hannover vom Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG) vorgestellten Zahlen sank die inländische Erdgasproduktion von 12,6 auf 11,9 Milliarden Kubikmeter. Damit trägt das in Deutschland geförderte Erdgas zu 14 Prozent zum heimischen Verbrauch bei.

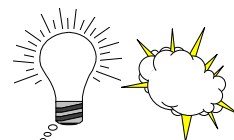
Mit 2,68 Millionen Tonnen wurden im vergangenen Jahr 7 Prozent mehr Erdöl als im Vorjahr gefördert. Diese Menge macht allerdings nur einen kleinen Bruchteil des deutschen Verbrauchs aus. Der Wert des 2011 in Deutschland geförderten Erdöls und Erdgases lag den weiteren Angaben zufolge bei 4,4 Milliarden Euro.

Die in Rheinland-Pfalz geförderten 170.000 Tonnen Erdöl stammen aus den Feldern Römerberg (141.000), Landau (21.000), Eich (7.400) und Rülzheim (613). In Römerberg verdoppelte sich laut dem Wirtschaftsverband die Produktion, es ist inzwischen das fünftgrößte Erdölfeld in Deutschland. Der rheinland-pfälzische Anteil an der bundesweiten Erdölproduktion liegt nunmehr bei 6,33 Prozent.

Die Produzenten zahlten im vergangenen Jahr eine Förderabgabe in Höhe von 4,5 Millionen Euro an das Land Rheinland-Pfalz. Die Investitionen der WEG-Unternehmen im Inland sanken 2011 von 400 auf 330 Millionen Euro. Weltweit betrug die Investitionssumme deutscher Förderunternehmen 1 Milliarde Euro.

Die Zahl der Mitarbeiter der Mitgliedsunternehmen stieg unterdessen auf über 9.000. Zu den größten deutschen Öl- und Gasförderern gehören RWE Dea (Hamburg), Mobil Erdgas-Erdöl (Hamburg), Wintershall (Kassel), BEB Erdgas und Erdöl (Hannover) sowie GDF Suez E&P Deutschland mit Sitz in Lingen.

Rheinpfalz vom 24.2.12



US-Zölle auf Solarzellen aus China

Die Hoffnung der Solarbranche auf Schützenhilfe der US-Regierung im Kampf gegen chinesische Billig-Importe hat einen Dämpfer erhalten. Die von der US-Tochter der Bonner Solarworld und anderen amerikanischen Firmen geforderten Strafzölle fielen in einer ersten Entscheidung des US-Handelsministeriums deutlich niedriger aus als erwartet.

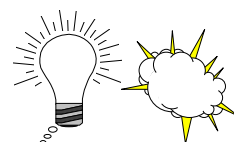
Solarworld-Chef Frank Asbeck sagte gestern, die beschlossenen Sonderzölle seien der erste Schritt. "Ich begrüße, dass in den USA die unfairen Handelspraktiken der Chinesen erkannt wurden", so Asbeck. Er rechne damit, dass die chinesischen Konkurrenzprodukte demnächst zusätzlich noch mit Anti-Dumping-Zöllen belegt würden. Das US-Handelsministerium wird darüber aber nicht vor Mai entscheiden.

Der Solarworld-Chef kündigte an, auch in Europa gegen Solar-Importe aus China klagen zu wollen. "Wir bereiten in enger Abstimmung mit der EU-Kommission eine Klage vor", sagte ein Sprecher. Dafür müsste eine Unterstützergruppe zusammenkommen, die mindestens 25 Prozent der Jahresproduktion in Europa repräsentiert. Asbeck zeigte sich optimistisch, dass die Klage im Sommer eingereicht werden könne - auch wenn international agierende Konzerne sich seiner Einschätzung nach an der Klage eher nicht beteiligen werden. Der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) will für Europa keine Strafzölle fordern.

Auch Bundesumweltminister Norbert Röttgen hatte China eine gezielte Verdrängung deutscher Firmen und Monopolstreben vorgeworfen. Die chinesischen Modulhersteller würden unbegrenzt subventioniert, schrieben aber dennoch rote Zahlen, sagte er Mitte Januar.

Bei den Anlegern überwog die Enttäuschung über die unerwartet niedrigen Strafzölle: Mit einem Abschlag von zeitweilig über 5 Prozent auf rund 3 Euro waren die Solarworld-Papiere der größte Verlierer im Technologiewerte-Index Tec-Dax. Auch der ums Überleben kämpfende ostdeutsche Solarkonzern Q-Cells gab mehr als 5 Prozent ab. Die Straf-Zölle seien viel geringer ausgefallen als von Solarworld gefordert und von Analysten geschätzt, kommentierte Erkan Aycicek von der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). "Wir werten diese Entscheidung negativ für Solarworld und die europäischen Hersteller." Chinesische Solar-Aktien erhielten dagegen Auftrieb.

Strafzölle von weniger als 5 Prozent sind für chinesische Solarfirmen zu verkraften, wenn man berücksichtigt, dass ihre Module 25 bis 30 Prozent billiger sind als die der US-Konkurrenz", sagte Analyst Min Li von Yuanta Securities.



Das US-Handelsministerium hat vorläufige Strafzölle auf Solarmodule chinesischer Herkunft verhängt, die Subventionen ausgleichen sollen, die China nach US-Einschätzung den Unternehmen gewährt. Die Zölle liegen zwischen 2,9 Prozent - etwa für Weltmarktführer Suntech - und 4,73 Prozent für Trina Solar, einem weiteren chinesischen Solarkonzern. Die Zölle sind noch vorläufig, im Juni soll darüber eine endgültige Entscheidung fallen. Parallel ermittelt das Ministerium, ob die Chinesen ihre Produkte in den USA zudem mit Verlust verkaufen.

Die US-Branchenvereinigung The Coalition for American Solar Manufacturing teilte mit, sie erwarte, dass das Handelsministerium im Laufe der Untersuchung in den kommenden Monaten weitere Hinweise auf Beihilfen und unfaire Preispraktiken finden und letztlich noch höhere Zölle beschließen wird. Am 16. Mai wird es ihr zufolge eine Entscheidung über Anti-Dumping-Zölle geben, die zu den bereits erlassenen Anti-Subventions-Zöllen hinzuaddiert würden.

Der weltweit tobende Preiskampf in der Branche sorgt für rote Zahlen und Pleiten. Nach Evergreen und Solyndra in den USA mussten in Deutschland Solon, Solar Millennium und zuletzt auch Solarhybrid Insolvenz anmelden. Q-Cells und Conergy kämpfen ums Überleben.

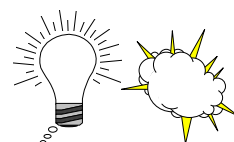
Die betroffenen chinesischen Firmen reagierten mit Unverständnis. Suntech Power, Trikotsponsor des Fußball-Bundesligisten 1899 Hoffenheim, teilte gestern mit, sein Erfolg basiere auf "freiem und fairem Wettbewerb". Auch die große chinesische Solarfirma Yingli Solar teilte mit, weder verkaufe sie ihre Produkte unter Preis, noch "glauben wir, dass wir unfair subventioniert werden".

Die chinesische Regierung reagierte auffällig zurückhaltend: "Es ist normal, dass zwei Seiten sich reiben und unterschiedliche Ansichten haben", sagte der Sprecher des Pekinger Außenministeriums.

Rheinpfalz vom 22.3.12

Europäischer Solarpreis 2012 von EUROSOLAR

EUROSOLAR e.V. vergibt in diesem Jahr zum 19. Mal den Deutschen und den Europäischen Solarpreis für herausragende und innovative Leistungen bei der Verbreitung und Anwendung Erneuerbarer Energien. Bewerbungen und Vorschläge werden bis 30. Juni 2012 entgegengenommen. Die Übergabe der Preise erfolgt Ende des Jahres bei einer festlichen Veranstaltung.



Die Solarpreise werden seit 1994 an Gemeinden, kommunale Unternehmen, Vereine oder Gemeinschaften, private Personen sowie an Organisationen vergeben, die sich um die Nutzung Erneuerbarer Energien besonders verdient gemacht haben. Um die Breitenwirkung Erneuerbarer Energien in der Vielfalt ihrer Anwendungsmöglichkeiten und -bereiche zu erfassen, werden die Preise in verschiedenen Kategorien vergeben:

- Städte/Gemeinden, Landkreise, Stadtwerke
- Industrielle, kommerzielle oder landwirtschaftliche Betriebe/Unternehmen
- Lokale oder regionale Vereine/Gemeinschaften
- Solares Bauen und Stadtentwicklung
- Medien
- Transportsysteme
- Bildung und Ausbildung
- Eine-Welt-Zusammenarbeit
- Sonderpreis für persönliches Engagement

In zwei weiteren Kategorien werden außerdem mit Plaketten ausgezeichnet:

- Eigentümer oder Betreiber von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien
- Schulen und Bildungseinrichtungen

Für den Europäischen Solarpreis werden der Jury neben den direkt eingehenden Bewerbungen auch Vorschläge der EUROSOLAR-Sektionen vorgelegt, die auf den nationalen Ebenen eingereicht und prämiert wurden. Aus allen Bewerbungen werden dann die Träger des Europäischen Solarpreises ermittelt.

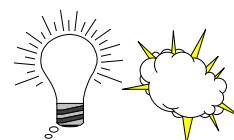
Weitere Informationen zum Bewerbungsverfahren, ein Online-Anmeldeformular sowie Präsentationen der bisherigen Preisträger finden Sie unter:
www.eurosolar.org.

Klimaschutzpreis 2012 Mainz-Bingen

Seit 2010 vergibt der Landkreis Mainz-Bingen den mit insgesamt 5.000,--€ dotierten Klimaschutzpreis. Ziel des Preises ist es, vorbildliche CO₂-Einsparungsprojekte in öffentlichen Einrichtungen des Landkreises anzuerkennen und zu fördern.

Was ist wichtig?

Der Klimaschutzpreis wird insbesondere für innovative Maßnahmen und Projekte in folgenden Bereichen verliehen: rationelle Energienutzung; Einsatz regenerativer Energien; innovative Gebäudetechnik; besonders effiziente Bauweise; umweltfreundliche Mobilität sowie Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, welche die Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz sensibilisieren.



Wer kann den Preis erhalten?

Der Klimaschutzpreis wird an Träger öffentlicher, karitativer oder kirchlicher Einrichtungen, sowie an die Träger von privaten Einrichtungen, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen, verliehen. Insbesondere können dies daher Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Private sein, sofern sie in Bezug auf die anzuerkennende und zu fördernde Einrichtung eine öffentliche Aufgabe erfüllen (z.B. Krankenhäuser, Altenheime, Kindertagesstätten, Schulen etc.).

Bewerbungen bis wann und wohin?

Bitte senden Sie Bewerbungen und Vorschläge schriftlich mit Begründung an die Kreisverwaltung Mainz-Bingen, UEBZ, Georg-Rückert Str. 11, 55218 Ingelheim am Rhein. Weitere Informationen erhalten Sie gerne unter der Telefonnummer: 061 32/78 7 2170. Einsendeschluss ist der 31.05.2012

Kreisverwaltung Mainz-Bingen – UEBZ Georg-Rückert Str. 11, 55218 Ingelheim am Rhein

Umweltpreis 2012 - Unsere besten Ideen für ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz

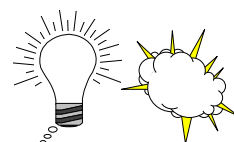
Mit dem rheinland-pfälzischen Umweltpreis sollen herausragende Leistungen für den Schutz der Umwelt, der natürlichen Ressourcen, sowie für den Naturschutz gewürdigt werden. Herausragende Leistungen für den Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen, sowie für den Naturschutz sind gefragt. Dazu zählen vor allem

- innovative und kreative Umweltleistungen,
- Einzelprojekte die modellhaft und innovativ sind,
- herausragendes ehrenamtliches Engagement oder
- Bildungsprojekte (Bildung für nachhaltige Entwicklung).

Die Themen lassen Ihnen einen breiten Spielraum für Ihre Ideen! Vor allem Innovation, Engagement und Kreativität sind gefragt. Der Preis besteht aus einem Preisgeld von insgesamt 9.000 Euro, das die drei besten Projekte zu gleichen Teilen erhalten. Er wird im Rahmen einer Festveranstaltung am 17. September 2012 in Mainz von der Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz überreicht werden. Einsendeschluss für die Bewerbungen: 16. Juni 2012

Kontakt: Umweltpreis@mulewf.rlp.de Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1 • 55116 Mainz

BUND Rheinland-Pfalz - 30- Blitzinfo 3/4 2012



Fotovoltaik: Einigkeit bei Kürzung

Die Fachpolitiker von Union und FDP haben sich auf Eckpunkte bei der Kürzung der Solarförderung geeinigt und das Vorhaben nach Protesten aus den Ländern noch einmal nachgebessert. Nach Angaben der CDU-Umweltpolitikerin Marie-Luise Dött bleibt es zwar bei den geplanten Subventionskürzungen von 20 bis 30 Prozent in diesem Jahr. Für Häuslebauer und Investoren soll es aber teils großzügigere Übergangsfristen geben, als sie bisher ins Auge gefasst wurden. Vereinbart wurde auch, die Förderung in den kommenden Jahren weiter zurückzufahren.

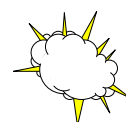
Für einfache Dachanlagen, für die bis zum 24. Februar ein Antrag auf Netzanschluss gestellt wurde, gelten bis zum 30. Juni die alten Fördersätze. Das gilt auch für Anlagen, die bis 31. März kaufmännisch in Betrieb gehen. Für große Freiflächenanlagen, die mit aufwendigeren Planungsverfahren verbunden sind, gilt die Förderung nach alten Regeln bis 30. September. Am Donnerstag soll der Gesetzentwurf in erster Lesung im Bundestag beraten werden. Die Koalition wolle das Gesetz "so schnell wie möglich" verabschieden und hoffe auf Zustimmung im Bundesrat, sagte Dött.

Rhein-Zeitung vom 3. Februar 2012

Entsetzen in der Solarbranche

Die gestern verkündeten Pläne der Bundesminister für Wirtschaft und Umwelt, die Solarförderung drastisch einzuschränken, sorgt in der Branche und bei Politikern von Grünen und SPD für Bestürzung. In zahlreichen Unternehmen fanden Protestaktionen statt, so auch in der Pfalz.

Bundesweit protestierten gestern nach Angaben des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW) Tausende Beschäftigte von rund 50 Solarfirmen gegen die geplanten Kürzungen. Im rheinhessischen Wörrstadt demonstrierten gestern die Mitarbeiter der dort ansässigen Juwi-Gruppe (1500 Beschäftigte), dem größten deutschen Planer von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen, zusammen mit Mitarbeitern von First Solar aus Mainz. Die deutsche Tochter eines US-Module-Konzerns beschäftigt an zwei Standorten rund 1400 der konzernweit 6000 Mitarbeiter. Unterstützt wurden sie von Beschäftigten der Bauer Solartechnik GmbH, Selzen. Mitarbeiter von Eurosol (100 Mitarbeiter) protestierten gestern auf dem Firmengelände in Ludwigshafen-Ruchheim gegen den "Kahlschlag" bei der Solarförderung, der vor allem die Betreiber von Großanlagen trifft - nicht zuletzt Kommunen.



ENERGIE-INFO

SEITE 43

Die Pfalzwerke-Tochter Pfalzsolar sieht wegen der angekündigten Kürzungen bei der Solarförderung Projekte in Frage gestellt. Die heute verkündete vorgezogene Kürzung der Einspeisevergütungen wird die Branche und unsere geplanten Projekte hart treffen", sagte Thomas Kercher, Geschäftsführer der Pfalzwerke-Solartochter Pfalzsolar mit Sitz in Ludwigshafen: "Nicht nur die Größenordnung der Absenkung, sondern auch der Vorlauf von nur 14 Tagen widerspricht jeder technischen und kaufmännischen Projektentwicklung und Abwicklung", monierte er. Die Pläne könnten bereits zum 9. März greifen.

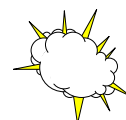
"Wirkliches Interesse an den erneuerbaren Energien fehlt", kommentierte die rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke (Grüne) die Pläne des Bundes für die Förderung von Solaranlagen. Der Vorschlag gehe über die Preisentwicklung in der Solarbranche hinaus. Für deutsche Module-Hersteller befürchtet Lemke Verlagerungen ins Ausland und ein Sterben hiesiger Hersteller. Der Mainzer Solarmodule und -komponenten-Hersteller Schott Solar gab trotz Anfrage keine Stellungnahme ab.

Auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) kritisierte die Kürzungspläne scharf. Er sagte im Mainzer Landtag: " Ich fürchte, wir würgen gerade einen neuen Wirtschaftszweig ab." Vor allem aber drohten die geplanten Kürzungen eine Entwicklung zu stoppen, durch die sich bei vielen kleineren Kommunen und Privatpersonen ein Bewusstsein in Richtung erneuerbare Energien entwickelt" habe.

Licht und Schatten sieht Hildegard Müller, Hauptgeschäftsführerin des rund 1800 Unternehmen vertretenden Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), in den Plänen. Angesichts der weltweit starken Überproduktion von Fotovoltaik- Modulen wäre ohne die vorgezogene und verschärfte Absenkung der Solarvergütung ein noch viel höherer Zubau als in den vergangenen beiden Jahren zu erwarten gewesen, glaubt sie. Kritik übte Müller an der nicht erfolgten Begrenzung des Zubaus: Energie-wirtschaftliche Fragen, etwa zur technischen Integration der Fotovoltaik-Anlagen in das Stromnetz, werden nach wie vor nicht ausreichend angegangen."

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW), Carsten König, sprach hingegen von einem "Solar-Ausstiegsgesetz". Die Europäische Vereinigung für erneuerbare Energien sieht in den Beschlüssen ein "Menetekel für den Ausbau der erneuerbaren Energien". Eine Politik, die nur knapp ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima die Energiewende derart ausbremst, sei beschämend.

Die Verlierer im Technologiewerte-Index Tec-Dax führte gestern die SMA Solar Technology AG an, gefolgt von Centrotherm Photovoltaics und dem deutschen Module-Branchenführer Solarworld.'



KOMMENTAR: Populistisches Kalkül

Die Regierungsbeschlüsse zur Kürzung der Solarförderung zeugen weder von Augenmaß noch von politischer Klugheit.

Es war einmal eine Partei am Rande der Bedeutungslosigkeit. Trotz ihres desolaten Zustands - ablesbar an der marginalen Menge von Menschen, die ihr bei Wahlen ihre Stimme geben wollen - stellte sie in der Person ihres Vorsitzenden den Bundeswirtschaftsminister. Der hatte versprochen zu "liefern" und stand deswegen unter wachsendem Druck, den Worten Taten folgen zu lassen. Die Rede ist: richtig, von Philipp Rösler und der FDP.

Rösler entdeckte die Solarförderung als Thema für sich, bei dem er ins politische Sparing mit seinem Kollegen im Umweltressort, Norbert Röttgen (CDU), gehen konnte. Rösler gewann das Duell haushoch. Mit der Folge, dass die Kürzungspläne für die Solarbranche, die beide gestern präsentierten, einem Kahlschlag für die Branche gleichkommen.

Warum gefährdet der Wirtschaftsminister einen ganzen Wirtschaftszweig in Deutschland mit Tausenden Arbeitsplätzen? Warum wird eine hoch drehende Dynamik nicht behutsam gebremst, sondern brachial zum Stillstand gebracht? Und die Demokratisierung der Energieversorgung gleich mit geopfert? Es ist banal, aber Rösler handelt offensichtlich aus Populismus und politischem Kalkül: Er will sich als Bremser des Strompreisanstiegs gerieren. Das wird vermutlich schief gehen: Die Preise werden an weiter steigen. Aber einen Tagessieg nach Punkten verbucht Rösler für sich.

Dafür hat der Wirtschaftsminister mit der bis Mitte 2011 üblichen guten Sitte gebrochen, Förderkürzungen im Konsens mit der Solarbranche vorzunehmen. Um wachsende Akzeptanzprobleme der Energiewende in der Öffentlichkeit zu vermeiden, war eine maßvolle Rückführung der Förderung unumgänglich. Das bezweifelt niemand. Die Rückführung kommt. Maßvoll ist sie nicht.

Rheinpfalz vom 24.2.12

Rösler und Röttgen stehen Energiewende im Weg

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht in der heutigen energiepolitischen Einigung zwischen Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und Bundesumweltminister Norbert Röttgen einen gewaltigen Rückschritt für die Energiewende in Deutschland. "Das ist ein Riesen-Fiasko für eine zukunftsfähige Energieversorgung. Mit der Fotovoltaik droht ein wesentlicher Eckpfeiler der Energiewende abgewürgt zu werden. Gleichzeitig sind Rösler und Röttgen dafür verantwortlich, dass in Sachen Energieeffizienz und Senkung des Energieverbrauchs nichts voran geht. So scheitert die Energiewende", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.



Die deutsche Positionierung zur EU-Effizienzrichtlinie drohe die von EU-Kommissar Günther Oettinger vorgeschlagenen verbindlichen Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs zu Fall zu bringen. Sie setze auf windelweiche und auf EU-Ebene kaum durchsetzbare Ziele. "Am Ende würde das eine EU-Richtlinie ohne verbindliche Ziele und ohne verbindliche Maßnahmen bedeuten", so Weiger.

Die weitere Absenkung der Förderung der Fotovoltaik per Verordnung und deren Vergabe nur noch für einen Teil der Stromproduktion sei außerdem ein Systembruch im Erneuerbare-Energien-Gesetz und bedeute für viele Investoren das Aus. Die Fotovoltaik habe eine wichtige Rolle gespielt, dass es in diesem Winter eine stabile Stromversorgung in Deutschland gegeben habe, sagte Weiger. Sie sei damit eine optimale Ergänzung zum Ausbau der Windenergie.

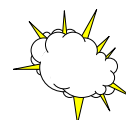
Der BUND-Vorsitzende forderte die Abgeordneten des Bundestages und die Bundesländer auf, diese Politik nicht mitzutragen. "Deutschland braucht den weiteren Ausbau der Fotovoltaik und der erneuerbaren Energien insgesamt. Hinzu kommen müssen endlich konkrete und verbindliche Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs", sagte Weiger.

Quelle: www.bund.net

Ausbau der Fotovoltaik wird abgewürgt.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. sieht in der energiepolitischen Einigung zwischen Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und Bundesumweltminister Norbert Röttgen einen gewaltigen Rückschritt für die Energiewende in Deutschland. "Das ist ein Riesen-Fiasko für eine zukunftsfähige Energieversorgung. Mit der Fotovoltaik droht ein wesentlicher Eckpfeiler der Energiewende abgewürgt zu werden. So scheitert die Energiewende", sagte die BUND-Landesgeschäftsführerin Sabine Yacoub. Der BUND fordert die Landesregierung auf, sich gegen diese Gesetzesänderung zu stellen, um ihren Einfluss im Bundesrat nicht zu verlieren.

Die weitere Absenkung der Förderung der Fotovoltaik per Verordnung beschneidet die rheinland-pfälzische Landesregierung um ihr Mitspracherecht zum EEG über den Bundesrat. Darüber hinaus verursacht sie eine große Investitionsunsicherheit, da die Höhe der zukünftigen Vergütungssätze für Fotovoltaikstrom nicht mehr verlässlich ist. Die Vergütung nur noch für einen Teil der Stromproduktion sei außerdem ein Systembruch im Erneuerbare-Energien-Gesetz und bedeute für viele Investoren das Aus. Die Fotovoltaik habe in diesem Winter eine wichtige Rolle für die stabile Stromversorgung in Deutschland gespielt, sagte Yacoub. Sie sei damit eine optimale Ergänzung zum Ausbau der Windenergie.



Die regelmäßigen Anti-Atom-Montagsspaziergänge in z.B. Koblenz und Mainz, die sich schon seit langem für die Energiewende einsetzen, werden die verfehlte Politik der Bundesregierung am kommenden Montag, 5.3.2012 jeweils ab 17:30 Uhr thematisieren.

BUND-RLP-Presseinformation 1. März 2012

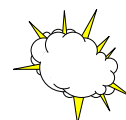
Solar-Kürzung ist energiepolitische Geisterfahrt

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kritisierte heute die Kürzungsbeschlüsse des Deutschen Bundestags bei der Photovoltaik scharf. „Die Regierungsfractionen legen die Axt an die Energiewende und würgen die Photovoltaik ab. Das ist eine energiepolitische Geisterfahrt von CDU/CSU und FDP“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. „Bei uns in Deutschland, Europa und weltweit gehört die Solarstromerzeugung zu den Grundpfeilern der Energiewende. Die gefährliche Atomenergie und die klimaschädlichen fossilen Kraftwerke können nur durch einen Mix umweltfreundlicher Energien ersetzt werden. Wie dieser Mix ausgebaut wird, muss endlich das Thema sein.“

Zwar hält Weiger es ebenfalls für erforderlich, das Erneuerbare-Energien-Gesetz regelmäßig auf seine Wirkungen hin zu überprüfen. Änderungen an diesem Gesetz müssten jedoch behutsam und mit Augenmaß vorgenommen werden. Das jetzige Hau-Ruck-Verfahren gefährde nicht nur die Solarmodulhersteller existentiell. Es gehe auch um den Fortbestand zehntausender Arbeitsplätze im regionalen Handwerk, das sich mit großem Einsatz an der Energiewende beteiligt habe, sagte der BUND-Vorsitzende.

„In Deutschland gibt es inzwischen über 800.000 Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern, nicht wenige davon sind Bürgersolaranlagen. Dass nur Gutbetuchte etwas von der Solarförderung haben, ist ein Mythos, der auch durch ständige Wiederholung nicht wahrer wird. Wir alle profitieren davon. Die Bundesregierung wird das Ziel, im Jahr 2020 ein Zehntel des Stroms mit Solaranlagen zu erzeugen, niemals erreichen, wenn sie die Photovoltaik abwürgt. Wir fordern den Bundesrat auf, diese falsche Weichenstellung zu verhindern“, sagte Weiger.

In den letzten Monaten hätten die Solaranlagen in Deutschland zeitweilig so viel Strom geliefert wie ein Dutzend Atomkraftwerke. Damit hätten sie wesentlich dazu beigetragen, dass die Stromversorgung im Winter stabil geblieben sei. Solarstrom ergänze den Windstrom optimal. „Die drastische Absenkung der Photovoltaik-Förderung und die künftige Förderung nur noch für einen Teil des Stroms ist ein Angriff auf das erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Gesetz. Viele Menschen und viele Staaten beneiden Deutschland um das EEG. Es ist zurzeit das einzige Gesetz, das die Energiewende und den Klimaschutz voranbringt. Wir sollten es nicht aushöhlen sondern ausweiten“, sagte Weiger.



Wer nicht wolle, dass die Verbraucher durch die EEG-Förderumlage zu stark belastet würden, der müsse die Ausnahmen für energieintensive Betriebe abschaffen und die Kosten für erneuerbaren Strom endlich gerecht verteilen, sagte der BUND-Vorsitzende. Für 2012 prognostizierten die Übertragungsnetzbetreiber eine EEG-Umlage in Höhe von knapp 3,6 Cent je Kilowattstunde Strom. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums würde sie bei lediglich 2,6 Cent liegen, wenn die derzeit geltenden Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe abgeschafft würden.

BUND-Pressemitteilung

Solarförderung: Grüne und SPD kritisieren Reform

Die Solardebatte erhitzte die Gemüter im Landtag. Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) sowie Vertreter von SPD und Grünen kritisierten die Kürzungen bei der Solarförderung durch die schwarz-gelbe Bundesregierung gestern im Plenum erneut scharf. Der stellvertretende CDU-Fraktionschef, Christian Baldauf verteidigte, dass die "zu hoch angesetzte", "unsoziale" Förderung zurückgeschraubt werde.

Durch die Kürzungen seien viele Aufträge bei Handwerkern in Rheinland- Pfalz storniert worden, sagte der energiepolitische Sprecher der Grünen- Fraktion, Bernhard Braun. Durch die Einschnitte in die Solarsubventionen sieht er viele Arbeitsplätze in Gefahr. Es werde erneut der Mittelstand belastet, während die großen Konzerne entlastet würden. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Guth, schloss sich an: "So kann man nicht mit mittelständischen Unternehmen umgehen."

Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) kritisierte die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung als "unsicher", "unzuverlässig" und damit "wirtschaftsfeindlich". Die Kürzungen widersprächen dem Vorhaben der Energiewende. Lemke betonte, es sei klar gewesen, dass die Vergütungssätze zum 1. Juli fallen würden. Die nun zum 1. April angekündigte Kürzung um 30 Prozent sei aber zu drastisch und entspreche nicht der Marktdynamik. Die Deckelung - das heißt, es wurde eine Obergrenze für die Einspeisung von Fotovoltaikstrom gesetzt - komme einem "Verbot der Einspeisung" aus dieser erneuerbaren Energie-Quelle in die Stromnetze gleich.

Der Vize-Fraktionschef der CDU, Christian Baldauf, fragte rhetorisch in Richtung SPD und Grüne, wer von den Subventionen profitiere. Bürger litten unter den hohen Strompreisen; die durch die Förderung entstünden. Der Profit gehe an die Geldanleger in Fonds und an die Hauseigentümer, die die Anlagen installieren, nicht an die Mieter. "Kommen Sie zurück auf die soziale Schiene und zu denen, die bezahlen müssen", forderte er.

Rheinpfalz vom 22.3.12



Kirche kippt Klimaschutz-Projekt

Die Pfälzische Landeskirche hat gestern die vor einem Jahr gestarteten Vorbereitungen zur Gründung einer Energiegenossenschaft gestoppt und das Projekt gekippt. Hintergrund sind die am Donnerstag präsentierten Pläne der Bundesregierung zur drastischen Kürzung der Solarstrom-Förderung (wir berichteten gestern). Auch aus den eigenen Reihen gibt es Kritik an den Plänen der Bundesminister Philipp Rösler (FDP) und Norbert Röttgen (CDU).

Im September 2011 hatte die evangelische Kirche der Pfalz ein Programm zur Klimagas-Reduzierung vorgestellt. Ein Baustein sollte die Energiegenossenschaft sein. In diese sollten die eigenen Liegenschaften eingebracht sowie die Gemeinden eingeladen werden, mit ihren Liegenschaften mitzumachen. Geplant war, Solarstromanlagen zu bauen, an denen sich Bürger direkt hätten beteiligen können und die den Gemeinden über 20 Jahre garantierte Pacht gebracht hätte.

Doch daraus wird nun nichts, bedauert Dietmar Freiherr von Blittersdorf von der Evangelischen Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft in Landau. Das Potenzial der landeskirchlichen Gebäude schätzt er auf eine elektrische Leistung von 300 Kilowatt, was einer Investitionssumme von etwa einer halben Million Euro entspricht. Das Potenzial der Kirchengemeinden betrüge ein Vielfaches. Von Blittersdorf hofft, dass die Landeskirche die Gemeinden ermuntert, eigene Energiegenossenschaften zu gründen.

Auffällig viel Kritik gibt es aus den Reihen der CDU an den Solar-Sparplänen. Der südpfälzische Bundestagsabgeordnete Thomas Gebhart (CDU) sieht die Vorschläge zumindest in Teilen kritisch, wie er gestern mitteilte. "Insbesondere das vorgesehene Greifen der neuen Regelung zum 9. März und damit ein extrem kurzer Vorlauf" hält Gebhart für "sehr problematisch und nicht richtig". "Es geht um Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Daher werde ich mich im parlamentarischen Prozess für Änderungen gegenüber dem jetzigen Vorschlag stark machen", kündigte er an.

Der saarländische Finanzminister Peter Jacoby (CDU) befürchtet, dass es eine Vollbremsung in der Solarbranche geben wird: "Das gefährdet Arbeitsplätze und ist kein Beispiel für verlässliche Politik", monierte er. Die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) sagte, die Kürzungen seien "zu abrupt". Sie drohte mit einem Veto zu den Plänen im Bundesrat. Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Sachsen-Anhalt im Bundestag, Ulrich Petzold, meldete ebenfalls "große Bedenken" gegen die Kurzfristigkeit der Änderungen an. Unterstützung erhielten die Politiker gestern von der Energieexpertin des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Claudia Kemfert: Die geplante Kürzung der Solarförderung sei zu schnell und ist zu hoch.



Frank Asbeck, Chef des größten deutschen Solarmodule-Herstellers Solarworld, sprach angesichts der Kürzungspläne gar von einem "Todesstoß". Er rechnet mit dem Aus für viele Firmen der Branche. Auch in der Pfalz melden Planungsbüros, dass ihnen sicher geglaubte Projekte für das laufende Jahr aufgrund der Kürzungspläne wegbrechen.

Solarworld verbuchte 2011 erstmals seit 2003 operativ einen Verlust. Bei einem Umsatzrückgang zum Vorjahr von 19 Prozent auf 1,07 Milliarden Euro stand 2011 ein Minus vor Zinsen und Steuern (Ebit) von 233 Millionen Euro zu Buche.

Rheinpfalz vom 27. MÄRZ 2012

Bundestag beschließt neues Vergütungssystem für Photovoltaikanlagen

Mehr als 15 Prozent des erneuerbaren Stroms wurden im Jahr 2011 aus Sonnenenergie gewonnen - aus einer Nischentechnologie ist eine tragende Säule der erneuerbaren Energien geworden. Allein in den vergangenen zwei Jahren wurden in Deutschland Photovoltaik-Module mit einer Leistung von 15 Gigawatt ans Netz angeschlossen - so viel wie 15 konventionelle Großkraftwerke. Und dies, obwohl die Förderung in der laufenden Legislaturperiode bereits halbiert wurde. Zugleich sind aber auch die Anlagenpreise massiv gefallen. Die EEG-Vergütung wurde nun dieser Preisentwicklung angepasst, um die EEG-Umlage im Interesse der Stromverbraucher stabil zu halten und zu einem dauerhaft sinnvollen Ausbauvolumen zurückzukehren. Das Ziel bleibt eine leistungsfähige Photovoltaikindustrie in Deutschland. Gerade um die Technologieführerschaft und Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu sichern und heimische Arbeitsplätze nicht zu gefährden, muss eine dauerhafte Überförderung vermieden werden.

Der Deutsche Bundestag hat deshalb heute das "Gesetz zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien" beschlossen. Kern der EEG-Novelle sind neue Vergütungssätze für Photovoltaikanlagen. Zur Beschleunigung der Marktintegration sieht das Gesetz für Anlagen bis 1.000 kW nur noch eine anteilige Vergütung der erzeugten Strommenge vor. Die darüber hinaus gehende Strommenge kann entweder selbst verbraucht, vermarktet oder dem Netzbetreiber zum Verkauf an der Börse angedient werden.

Die wichtigsten Neuerungen im Überblick:

1.) Das Gesetz tritt zum 1.4.2012 in Kraft.

2.) Vereinfachung der Vergütungsklassen und Größenbegrenzung: Für Dachanlagen gibt es nur noch drei Vergütungsklassen: Anlagen bis 10 kW installierter Leistung, bis



ENERGIE-INFO

SEITE 50

1000 kW und über 1000 kW. Freiflächenanlagen erhalten eine einheitliche Vergütung. Anlagen größer als 10 MW erhalten keine Vergütung.

3.) Einmalabsenkung: Die für Juli 2012 erwartete Absenkung der Einspeisevergütung um 15% wird vorgezogen und um eine Sonderdegression ergänzt. Für Anlagen, die ab dem 1.4.2012 in Betrieb genommen werden, gelten die in der folgenden Tabelle dargestellten Vergütungssätze.

Installierte Anlagenleistung Dachanlagen			Freiflächenanlagen
bis 10 kW	bis 1.000 kW	bis 10 MW	bis 10 MW
19,5 ct/kWh	16,5 ct/kWh	13,5 ct/kWh	13,5 ct/kWh

Vertrauensschutz I Übergangsbestimmungen:

a. Für Freiflächenanlagen gelten die alten Vergütungssätze weiter, wenn vor dem 1.3.2012 ein Planungsverfahren begonnen wurde (Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan oder Planfeststellungsverfahren/Baugenehmigung) und die Anlage bis zum 30.6.2012 technisch in Betrieb genommen wird.

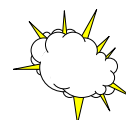
b. Bei Freiflächenanlagen auf Konversionsflächen wird die Inbetriebnahmefrist bis zum 30.9.2012 verlängert. Die Vergütung sinkt zum 1.7. wie auch bisher vorgesehen um 15% und beträgt dann 15,25 ct/kWh.

c. Für Dachanlagen, die vor dem 24.2.2012 ein Netzanschlussbegehren beim Netzbetreiber gestellt haben, gelten die alten Vergütungssätze, wenn die Anlagen bis zum 30.6.2012 in Betrieb genommen werden.

4.) Verstetigung der Degression: Die Vergütungssätze werden ab dem 1.5.2012 monatlich um 1% gegenüber dem jeweiligen Vormonat abgesenkt. Dies entspricht einer jährlichen Absenkung von ca. 11,4% (Basisdegression), wenn beim Zubau der Zielkorridor eingehalten wird.

Zielkorridor und zubauabhängige Steuerung ("atmender Deckel"): Der Zielkorridor für den Zubau an Solaranlagen beträgt für die Jahre 2012 und 2013 jeweils 2.500 bis 3.500 MW. Danach verringert sich der Zielkorridor jährlich um 400 MW und wird im Jahr 2017 900 bis 1.900 MW betragen. Die Degressionsschritte werden alle drei Monate angepasst und in Monatsschritten umgesetzt. Eine Anpassung erfolgt erstmals zum 1.11.2012 auf Basis des Zubaus in den Monaten Juli bis September 2012, der auf zwölf Monate hochgerechnet wird.

Um jahreszeitliche Schwankungen auszugleichen, erhöht sich in der Folge der Bezugszeitraum, der als Grundlage für die Berechnung der Degression dient: Basis für die Berechnung der Degression ab dem 1.2.2013 ist der Zubau von Juli 2012 bis Dezember 2012, wiederum hochgerechnet auf zwölf Monate. Basis für die Berechnung der Degression ab dem 1.5.2013 ist der Zubau von Juli 2012 bis März 2013, wiederum hochgerechnet auf zwölf Monate. Für die Berechnung der Degression ab dem 1.8.2013 kann erstmalig ein volles Jahr vom 1. Juli 2012 bis zum 30. Juni 2013 - als Bezug genommen werden.



In der Folge werden jeweils die zurückliegenden zwölf Monate für die Berechnung der Degression verwendet. Ein Monat wird zudem als Puffer benötigt, damit die Bundesnetzagentur den Zubau und die neuen Vergütungssätze ermitteln kann. Somit ist der Zeitraum vom 1.10.2012 bis zum 30.09.2013 für die Berechnung der Degression ab dem 1.11.2013 usw. relevant. Wichtig bei dem neuen "atmenden Deckel" ist, dass bei deutlicher Unterschreitung des Zielkorridors die Degression ausgesetzt bzw. die Vergütungssätze sogar erhöht werden.

5.) Marktintegrationsmodell und Eigenverbrauchsbonus: Pro Jahr wird nur ein Teil der gesamten erzeugten Strommenge vergütet:

a. bei Anlagen bis 10 kW installierter Leistung 80% und

b. bei Anlagen von 10 kW bis 1.000 kW 90%.

c. Bei Freiflächenanlagen und sonstigen Anlagen bis 10 MW erfolgt die Vergütung zu 100% der erzeugten Strommenge. Die unvergütete Strommenge kann selbst verbraucht, direkt vermarktet oder dem Netzbetreiber zum Verkauf an der Börse angedient werden. Der Eigenverbrauchsbonus entfällt.

6.) Anlagen auf Nicht-Wohngebäuden im Außenbereich: Solaranlagen im Außenbereich erhalten grds. nur dann noch die Dachflächenvergütung, wenn die Anlage auf Wohn- oder Stallgebäuden oder im Zusammenhang mit einem landwirtschaftlichen Gehöft errichtet wird. Solaranlagen auf bereits errichteten Gebäuden erhalten weiterhin die Dachflächenvergütung.

7.) Einengung des Inbetriebnahmebegriffs: Der Begriff der Inbetriebnahme wird enger gefasst. Ab dem 1.4.2012 reicht es nicht mehr aus, dass ein Modul Strom erzeugt hat. Es muss vielmehr an seinem bestimmungsgemäßen Ort fest installiert und mit einem Wechselrichter ausgestattet sein (technische Inbetriebnahme). Diese Regelung betrifft auch Dachanlagen und Freiflächenanlagen, für die die Bestimmungen zum Vertrauensschutz (vgl. Punkt 3) gelten, d.h. für alle Anlagen gilt ab 1.4.2012 der technische Inbetriebnahmebegriff.

8.) Einbeziehung der PV-Anlagen ins Einspeisemanagement: PV-Anlagen erhalten noch bis zum 1.1.2013 Zeit, technische Einrichtungen für die Abregelung ihrer Leistung einzubauen. Ab dem 1.1.2013 müssen solche Einrichtungen installiert sein, so dass die Anlagen in das Einspeisemanagement einbezogen werden können.

Newsletter des BMU



Experte: Cattenom sofort abschalten

Wegen grundlegender Sicherheitsmängel müsste das französische Atomkraftwerk Cattenom sofort vom Netz genommen werden. Zu diesem Schluss kommt der von Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Luxemburg gemeinsam zur Beobachtung des europäischen Stresstestes nach Cattenom entsandte Atomexperte Dieter Majer.

Die rheinland-pfälzische Ministerin für Wirtschaft und Energie, Eveline Lemke (Grüne), sagte gestern nach der gemeinsamen Beratung des Abschlussberichts Majers im luxemburgischen Schengen, sie und Ministerpräsident Kurz Beck (SPD) würden sich noch in dieser Woche in einem Brief direkt an den französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy wenden. "Die Sicherheit von Millionen Menschen, darunter nicht wenige Rheinland-Pfälzer, ist durch Cattenom gefährdet", betonte Lemke. Cattenom stelle, wie der Stresstest und der schwerwiegende Vorfall vom 18. Januar gezeigt habe, ein hohes Risiko dar. Deshalb, so die Mainzer Ministerin, "fordern wir vom französischen Staatspräsidenten ein sofortiges Handeln".

Der bis zur seiner Pensionierung für die Betriebsgenehmigung deutscher AKWs im Bundesumweltministerium zuständige Dieter Majer konnte im vergangenen Jahr nach der Fukushima-Katastrophe an der Inspektion der vier 1300 MW-Meiler in Cattenom teilnehmen. Außerdem bekam er zum Teil Einblick in die Unterlagen des Betreibers EdF und der französischen Atomaufsicht ASN. Den Zustand der 26 Jahre alten Anlage zensierte er gestern mit "mangelhaft": "Ich habe in Deutschland schon Anlagen wegen Mängeln vom Netz nehmen lassen. Deutsche Standards zugrunde gelegt, würde ich es in Cattenom sofort anordnen und eine gründliche Inspektion veranlassen", so Majer.

Der Sicherheitsexperte listet in seinem Bericht eine Vielzahl von Mängeln auf. Insbesondere sei eine Notstromversorgung im Falle eines alle vier Blöcke betreffenden Unfalls nicht gewährleistet. Bei dem als Reservoir für eine Notfallkühlung angelegten Mirgenbachsee stelle selbst der Betreiber EdF die Erdbbensicherheit des Dammes infrage. Die zentrale Steuerwarte in Cattenom sei nicht hinreichend geschützt. Bei einer, wie im Falle von Fukushima erforderlichen Druckentlastung der inneren Reaktorhülle, könnte die Warte kontaminiert werden. Hier sei dringend der Bau einzelner Steuerwarten für jeden der vier Reaktorblöcke in Cattenom erforderlich.

Grundsätzlich sei die Sicherheitsarchitektur von Cattenom zu überprüfen, so Majer weiter. Im Zuge des Stresstestes hatte der Betreiber am 18. Januar festgestellt, dass in Abklingbecken von zwei der vier Meiler ein Rücklaufventil fehlte. Damit habe die Gefahr bestanden, dass Brennstäbe nicht mehr gekühlt werden könnten. "Das Fehlen dieser zu den unmittelbaren Sicherheitsvorkehrungen gehörenden Ventile war für mich unvorstellbar", betonte Majer gestern.



Luxemburg, Rheinland-Pfalz und das Saarland stellen sich einhellig hinter den detaillierten Abschlussbericht des Atom-Experten. "Er ist die Basis unserer gemeinsamen Anstrengungen auf allen Ebenen, bilateral wie auf EU-Ebene, Frankreich dazu zu bewegen, Cattenom abzuschalten", sagte Luxemburgs Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo. Eine wie vom Betreiber EDF angekündigte Laufzeitverlängerung Cattenoms bis 2052, sei nicht zu akzeptieren.

Gemeinsam wollen Rheinland- Pfalz, das Saarland und Luxemburg noch vor der Sommerpause einen Sondergipfel der Großregion unter Beteiligung Lothringens und Belgiens beantragen. Verlangt wird ein Bericht der französischen Aufsichtsbehörde und des Cattenom-Betreibers über Maßnahmen und Zeitplan der Sicherheits-Nachrüstung. "Die im Raum stehenden Fristen bis 2014 sind uns viel zu lange", erklärt Eveline Lemke. Das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium hat den Abschlussbericht gestern auf seiner Internetseite veröffentlicht.

Verschiedene Anti-AKW-Aktionsgruppen aus dem Drei-Länder-Eck haben für Samstagnachmittag zu einer Großdemonstration in Metz aufgerufen. Eine weitere Demo ist für Sonntag in Schengen angemeldet.

Rheinpfalz vom 6.3.12

Atomexperte: Cattenom wegen Sicherheitsmängeln vorerst stilllegen

Im Auftrag des Landes hat Dieter Majer vergangenen Sommer den Stresstest im französischen Atomkraftwerk Cattenom beobachtet. Seine Erkenntnisse hat der Experte jetzt dem Kreisausschuss Trier-Saarburg vorgestellt. Er sprach von "erheblichen Defiziten bei den Sicherheitsleistungen".

"Ich weiß nicht, ob wir lachen oder weinen sollen." Mit diesen Worten reagierte der Trier-Saarburger Landrat Günther Schartz (CDU) auf das, was Atomexperte Dieter Majer im Kreisausschuss über Sicherheitsmängel im französischen Kernkraftwerk Cattenom zu berichten hatte. Majer war Leiter der Abteilung Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen im Bundesumweltministerium. 2011 hat er für Rheinland-Pfalz, Luxemburg und das Saarland den Stresstest in der lothringischen Atomanlage beobachtet.

Bei einer Begehung in Cattenom im September seien ihm "erhebliche Mängel" aufgefallen, berichtete Majer dem Kreisausschuss. Allerdings sei bei dem Stresstest "nur ein kleiner Ausschnitt, nicht die Sicherheit der kompletten Anlagen" bewertet worden. Vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe in Fukushima hätten vor allem Folgen extremer Naturkatastrophen im Fokus gestanden. Die Frage lautete: "Wie kann nach einem schweren Unfall das Schlimmste verhindert werden?"



Majer bezeichnete etwa die Funktion der Kühlkreisläufe für Notstromaggregate als "fraglich". Verbindungselemente seien "nicht richtig verschraubt". Bei einem schweren Störfall falle die "normale" Kühlung durch die Mosel aus, werde durch Kühlwasser aus einem gestauten Bach ersetzt. An "zahlreichen Teilen" dieser Kühleinrichtungen habe er "fortgeschrittene Korrosion" beobachtet, sagte Majer. Zudem fehlten Brandmelder und seismische Instrumente zur Kontrolle der Systeme nach Erdbeben.

Kritisch bewertete Majer, dass der Betreiber, der Energiekonzern EDF, bestimmte Szenarien aus dem Stresstest ausgeklammert habe - etwa einen Flugzeugabsturz oder die völlige Überflutung der Anlage. Majers Fazit: "Es wäre geboten, die Anlage erst mal stillzulegen". Dann könne man klären, wo nachgerüstet werden müsse.

"Was können wir als Kreis jetzt konkret unternehmen?", wollte der Kreisbeigeordnete Dieter Schmitt wissen. Majers ernüchternde Antwort: Rechtlich sei "nichts zu erreichen". Über eine Abschaltung entscheide allein die französische Aufsichtsbehörde ASN. Diese forderte nach dem Stresstest zwar Nachbesserungen für Cattenom - aber ohne eine Frist zu setzen. "Sie können weiter politisch Druck aufbauen", so Majers Rat. "Aber das ist das Bohren dicker Bretter." Nachrüstungsforderungen halte er dabei für "kontraproduktiv, wenn Sie die Abschaltung wollen". Denn diese bedeuteten "Milliardeninvestitionen" und somit "eine längere Laufzeit".

Im Ausschuss beantwortete Landrat Scharz auch eine Anfrage der CDU zu einem Störfall vom 18. Januar. Der Cattenombetreiber EDF hatte das Fehlen eines Kühlbeckenventils festgestellt. Die Atombehörde ASN bewertete dies nachträglich als sicherheitsrelevanten Störfall. Der Landkreis erfuhr davon auf Umwegen (der TV berichtete). "Bis heute wurden wir nicht offiziell informiert", stellte Scharz klar. Er habe die Landesregierung daher um Aufklärung gebeten und warte auf Antwort von Energieministerin Eveline Lemke.

Trier. Volksfreund vom 29.2.12

Land fordert: Cattenom muss vom Netz

Das Atomkraftwerk Cattenom muss sofort stillgelegt werden: Diese Forderung richten Rheinland-Pfalz, das Saarland und Luxemburg an Frankreich, nachdem ein Stresstest erhebliche Sicherheitsmängel zutage gefördert hat. "Es ist dringend erforderlich, das AKW sofort und so lange abzuschalten, bis notwendige Nachrüstmaßnahmen umgesetzt worden sind", sagte der saarländische Umweltminister Andreas Storm (CDU). Oberstes Ziel bleibe aber das endgültige Aus für die Atomanlage.



Cattenom ist nur wenige Kilometer Luftlinie von den Grenzen zu Deutschland, Belgien und Luxemburg entfernt. Im ersten Halbjahr 2012 soll es einen Cattenom-Sondergipfel der Großregion geben, zu dem auch der Betreiber des AKW und die französische Atomaufsichtsbehörde ASN eingeladen werden, sagte Storm.

Der Abschlussbericht der Anrainer-Länder zum Stresstest für Cattenom zeigt nach Ansicht des wissenschaftlichen Beobachters Dieter Majer, dass das Kraftwerk ein "enormes Risikopotenzial" birgt. Die Mängel seien so gravierend, dass ein Weiterbetrieb - oder die bloße Beseitigung der Defizite - nicht zu rechtfertigen sei. Die sicherheitstechnische Auslegung entspreche nicht dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik. Zudem gibt es laut Majer kein Notfallsystem, das alle vier Kraftwerksblöcke einschließt. Die Länder hatten den Bericht des Beobachters in Auftrag gegeben und zudem Experten aus Behörden entsandt, die den Test begleiteten.

"Aus unserer Sicht ist das AKW beim Stresstest durchgefallen", sagte die rheinland-pfälzische Energieministerin Lemke. Um die Anlagen überprüfen und Mängel beheben zu können, müsse die Atomaufsicht ASN den Meiler in Cattenom mindestens für ein Jahr vom Netz nehmen. "Wir haben nicht nur verrostete Schrauben und Dübel gefunden, sondern Zustände, die als mangelhaft bezeichnet werden müssen", sagte sie.

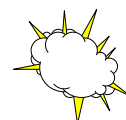
Nach der Katastrophe von Fukushima war die Sicherheit in allen europäischen Atomkraftwerken unter "Stress-Bedingungen" überprüft worden. Die Atomaufsicht ASN hatte in Cattenom Mängel entdeckt, darunter Rost an Teilen, Defizite bei der Notstromversorgung und im Kühlungssystem sowie bei der Erdbebensicherheit. Seit Inbetriebnahme 1986 wurden dort gut 750 sicherheitsrelevante Ereignisse registriert.

Rhein-Zeitung

Ministerpräsident Beck: Kernkraftwerke Cattenom und Fessenheim „sehr gefährlich“

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck fordert die Abschaltung der französischen Kernkraftwerke Cattenom und Fessenheim. Beide Anlagen nannte Beck am Montag im Gespräch mit dem TV „sehr gefährlich“. Auch die Energie- und Gesundheitsminister aus Rheinland-Pfalz, Luxemburg und dem Saarland hatten am Montag den Stopp von Cattenom gefordert.

Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) hofft, dass bei den französischen Präsidentschaftswahlen der Herausforderer des jetzigen Amtsinhabers Nicolas Sarkozy, François Hollande, gewinnt. Damit stiegen die Chancen, dass das Kernkraftwerk Cattenom abgeschaltet wird. Hollande hat angekündigt, bis 2025 insgesamt 24 der 58 Atomkraftwerke in Frankreich abzuschalten, unter anderem in Fessenheim im Elsass.





Das französische Kernkraftwerk Cattenom. Foto: dpa

Neben Fessenheim bezeichnet Beck auch Cattenom im Gespräch mit unserer Zeitung als „sehr gefährlich“ und störanfällig. Beide Kraftwerke müssten „so schnell wie möglich vom Netz“. Darüber will Beck vor der Wahl in Frankreich Ende April mit Hollande reden.

Auch die Energie- und Gesundheitsminister aus Rheinland-Pfalz, Luxemburg und dem Saarland forderten gestern im luxemburgischen Schengen den Stopp von Cattenom. Genau wie schon die Parlamentarier der Großregion verlangen auch sie einen Sondergipfel der Regierungschefs der Großregion zu dem Thema. Beck bremste allerdings die Erwartungen an ein solches Treffen. Man dürfe nicht „mehr erwarten als machbar“. Seine Möglichkeit, Einfluss auf Frankreich zu nehmen, sei „sehr begrenzt“: „Wir können nichts anordnen.“

Beck setzt auf die Europäische Kommission. EU-Energie-Kommissar Günther Oettinger habe ihm bei einem Gespräch am Montag in Brüssel gesagt, dass er die Probleme von Cattenom ähnlich sehe. Der rheinland-pfälzische Landtag wird im März auf Antrag von SPD und Grünen die Landesregierung auffordern, mit der Bundesregierung über Cattenom zu reden.

Umweltminister einig: Cattenom muss vom Netz

Die Umweltminister fordern nicht nur einen Sondergipfel zu Cattenom. Das Kernkraftwerk müsse sofort vom Netz, dies forderten die Umweltminister aus Luxemburg, dem Saarland und Rheinland-Pfalz heute im luxemburgischen Schengen.

Sie stellten den Abschlussbericht zum Stresstest der Anlage vor. Die dabei festgestellten Mängel seien so gravierend, dass ein weiterer Betrieb unverantwortlich sei, sagten die drei Minister. "Es ist dringend erforderlich, das AKW sofort und so lange abzuschalten, bis notwendige Nachrüstmaßnahmen umgesetzt worden sind", meinte der saarländische Umweltminister Andreas Storm. Oberstes Ziel bleibe aber das endgültige Aus für die Atomanlage.



Der Abschlussbericht zeige, dass "das Kraftwerk ein enormes Risikopotenzial" berge, sagte der wissenschaftliche Beobachter Dieter Majer. Die Mängel seien so gravierend, dass ein Weiterbetrieb - oder Beseitigung der Defizite - nicht zu rechtfertigen sei. Die sicherheitstechnische Auslegung entspreche nicht mehr dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik. Zudem gebe es kein Notfallsystem, das alle vier Blöcke miteinschließe. Die Minister beschlossen, dass noch im Frühjahr ein Sondergipfel der Regierungschefs der Großregion zum Thema Cattenom stattfinden soll. Dazu sollen auch der Betreiber des AKW und die französische Atomaufsichtsbehörde ASN eingeladen werden, sagte Storm.

Nach der Katastrophe von Fukushima war die Sicherheit in allen europäischen Atomkraftwerken unter "Stress-Bedingungen" überprüft worden. Die Atomaufsicht ASN hatte in Cattenom Mängel entdeckt, darunter Rost an Teilen, Defizite bei der Notstromversorgung und im Kühlungssystem sowie bei der Erdbebensicherheit. Seit Inbetriebnahme 1986 wurden dort gut 750 sicherheitsrelevante Ereignisse registriert. Zuletzt gab es zwei Pannen im Februar - im Januar hatte die ASN einen seit Jahrzehnten bestehenden Sicherheitsmangel nachträglich als Störfall eingestuft.

Trier. Volksfreund vom 6.3.12

Cattenom sorgt für Alarmstimmung

Die Pannenserie im französischen Atomkraftwerk Cattenom reißt nicht ab - und versetzt Rheinland-Pfalz in Alarmstimmung. Energieministerin Eveline Lemke (Grüne) sagt: "Der Weiterbetrieb des AKW ist untragbar, weil die Sicherheit einer ganzen Region davon abhängt." Cattenom liegt nur wenige Kilometer Luftlinie von den Grenzen zu Deutschland, Luxemburg und Belgien entfernt. Ministerin Lemke fordert "eine unverzügliche Unterrichtung über jegliches Ereignis in Cattenom. Zwei Tage Wartezeit bis zur Meldung sind nicht zu tolerieren, zumal das bisher zeitnah funktioniert hat".

In Cattenom kam es am Donnerstag erneut zu einem Zwischenfall. In einer Stromleitung außerhalb des Kraftwerks war nach Angaben des Saar-Umweltministeriums ein elektrischer Fehler aufgetreten. Der betroffene Block eins steht seit dem 18. Februar wegen Wartungsarbeiten still. Der rheinland-pfälzische Landtag debattiert in der kommenden Woche über die Forderung nach einer Abschaltung. Darauf drängen Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) und Lemke bereits. Am vergangenen Wochenende musste Block zwei des Kraftwerks zum dritten Mal seit wenigen Wochen ungeplant abgeschaltet werden. Seit Anfang des Jahres gab es bereits mehrere Zwischenfälle. Ein Stress-test hatte außerdem erhebliche Sicherheitsmängel zutage gefördert. Experten sprechen von einem "enormen Risikopotenzial" in Cattenom.

Rhein-Zeitung vom 17.3.12



Landtag fordert Aus für Cattenom

Erstmals hat sich der Mainzer Landtag einhellig für das Abschalten des französischen Kernkraftwerks Cattenom ausgesprochen. Alle Fraktionen forderten gestern die Bundesregierung auf, sich bei der französischen Regierung nachdrücklich für die Stilllegung des Atommeilers einzusetzen. Das Kraftwerk sei zu störanfällig, Cattenom müsse abgeschaltet werden, sagte Energieministerin Eveline Lemke (Grüne). Die Katastrophe von Fukushima habe gezeigt, dass es Naturkatastrophen gebe, deren Auswirkungen auf den Betrieb eines Kernkraftwerkes nicht beherrschbar seien, begründete Bernhard Henter für die CDU-Fraktion den Antrag. Beim kürzlich erfolgten Stresstest in dem französischen AKW seien "gravierende Mängel" festgestellt worden, das Kraftwerk weder gegen Hochwasser noch Erdbeben oder Flugzeugabstürze gesichert.

Rheinpfalz vom 23.3.12

Schon wieder eine Panne in Cattenom

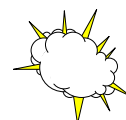
Zum vierten Mal in diesem Jahr hat ein Reaktorblock im Atomkraftwerk Cattenom abgeschaltet. Schuld dafür ist laut Kraftwerksbetreiber EDF ein Zwischenfall an einem Stromgenerator. Es habe keine Gefahr für die Bevölkerung und die Umwelt bestanden, ließ der Kraftwerksbetreiber auch dieses Mal - wie nach jeder Panne in Cattenom - wissen. Mehrfach hat die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) gefordert, das AKW in Cattenom, das in unmittelbarer Nachbarschaft zu Rheinland-Pfalz liegt, müsse sofort vom Netz.

Rhein-Zeitung vom 2.5.12

Cattenom: Frankreich lehnt Abschaltung ab

In einem Brief an Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) hat die französische Staatsführung die von Rheinland-Pfalz geforderte sofortige Abschaltung des Kernkraftwerks Cattenom abgelehnt. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy habe über seinen Kabinettschef Simon Babre schriftlich die „technische Exzellenz“ der umstrittenen Anlage hervorgehoben, teilt die rheinland-pfälzische Staatskanzlei gestern mit. Überprüfungen hätten die Sicherheit des Reaktors bestätigt. Beck äußerte sich „enttäuscht“, dass die Regierung Sarkozys „an der gefährlichen Kernenergie-Politik festhält“. Luxemburg und die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland sehen erhebliche Sicherheitsmängel in Cattenom.

Rheinpfalz vom 4.5.12



Sicher ist Fukushima noch lange nicht

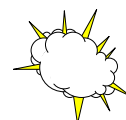
Wie es um die Sicherheit im Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi bestellt ist? Rolf Michel, Physikprofessor an der Leibniz-Universität Hannover und Vorsitzender der Strahlenschutzkommission, überlegt nicht lange. "Niemand weiß, wie es im Reaktor aussieht", sagt er zurückhaltend. Zwar lieferte Tepco, der Betreiber des Kernkraftwerks, im Januar mithilfe einer Faseroptik-Kamera Bilder aus einem angebohrten Reaktorblock. Doch wirkliche Erkenntnisse brachten die Aufnahmen nicht. Die Kamera, so sagt Sven Dokter, Pressesprecher der in Köln ansässigen Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), sei schließlich nicht unter dem Reaktordruckbehälter gewesen. Dort aber ist der kritische Punkt: Bei einer Kernschmelze frisst sich die heiße, radioaktive Masse nach unten durch. Im Extremfall auch durch das mehrere Meter dicke Betonfundament.

Mit Blick auf die Explosionen in den Reaktorblöcken und die Schäden durch den Tsunami sagt GRS-Experte Michael Maqua, der im Auftrag des Bundesumweltministeriums für die Einstufung von Vorfällen in Kernkraftwerken zuständig ist: "Wir wissen nicht, wie haltbar die Strukturen noch sind." Dazu kommt: Aus dem Verkehr gezogene Brennstäbe lagern außerhalb des Sicherheitsbehälters. Maqua: "Die Menge des radioaktiven Materials in den Lagerbecken übersteigt sogar die in den Reaktoren."

Die deutschen Experten, die eng mit japanischen Kollegen und Atomexperten aus aller Welt zusammenarbeiten, können sich daher durchaus "Szenarien für Fukushima vorstellen, die deutlich schlimmere Auswirkungen haben als das bisher Geschehene". Beispielsweise, wenn die vor rund einem Jahr notdürftig eingeleitete Kühlung mit Wasser ausfallen sollte oder nicht mehr wirkt Maqua: Es gibt schließlich jede Menge Lecks!"

Für Unruhe bei den Nuklearwissenschaftlern sorgen auch Erkenntnisse der Kollegen von der Geologie. So heißt es in einer Mitte Februar veröffentlichten Studie der European Geosciences Union: Das Erdbebenrisiko im Gebiet des havarierten Atomkraftwerks sei durch das große Seebeben der Stärke neun am 11. März 2011 stark gestiegen. Durch geologische Verschiebungen sei eine seismische Bruchlinie in der Nähe des AKW reaktiviert worden. Bereits am 11. April ist es zu einem starken Beben der Stärke sieben gekommen. Das Epizentrum lag nur 60 Kilometer von Fukushima entfernt. Ein neues starkes Beben wird also erwartet - doch ob es morgen oder erst in 100 Jahren eintritt, ist offen.

Immerhin, so waren sich kürzlich auf einer Kölner Tagung Nuklearexperten von der GRS und Strahlenmediziner einig, ließen die Datenlieferungen aus Japan mittlerweile wenig zu wünschen übrig. Mit Blick auf die Strahlenbelastung der japanischen Bevölkerung betont der Vorsitzende der deutschen Strahlenschutzkommission Rolf Michel: "Man muss klar unterscheiden zwischen der Präfektur Fukushima und den benachbarten Regierungsbezirken." In den Nachbarkreisen Fukushimas liege die durchschnittliche Strahlenbelastung der Umgebung mit rund zwei Millisievert meist auf einem mit Deutschland vergleichbaren Niveau.



Doch die Entfernung vom AKW allein ist nicht ausschlaggebend. Selbst in der Provinz Fukushima fällt die Belastung mit radioaktiven Stoffen höchst ungleich aus. Ursache dafür waren die zum Zeitpunkt des Unglücks vorherrschenden Winde, die Niederschläge und auch die Beschaffenheit der betroffenen Gebiete.

"Heute wissen wir aufgrund von Messungen an Betroffenen: Außerhalb der Präfektur Fukushima liegt die Belastung der menschlichen Schilddrüse bei unter zehn Millisievert, bei den Evakuierten in der näheren Umgebung des Kernkraftwerks haben wir maximal 20 Millisievert im ersten Jahr festgestellt", sagt Michel. Einzelne Kinder hätten aber auch Werte von 50 Millisievert aufgewiesen. Zum Vergleich: Das Personal in deutschen Kernkraftwerken darf mit bis zu 20 Millisievert jährlich belastet werden. Dieser Wert wiederum entspricht etwa der Strahlenbelastung bei einer Computertomografie (CT) des ganzen Körpers.

Unterm Strich, urteilt Strahlenmediziner Christoph Reiners, Ärztlicher Direktor der Würzburger Universitätsklinik, "ist die Strahlenbelastung in Fukushima weitaus weniger schlimm als 1986 im ukrainischen Tschernobyl". Er betont: "Bis heute gibt es keinen Strahlentoten in Fukushima." Im akuten Stadium in Tschernobyl hingegen "entwickelten 134 von 430 Beschäftigten akute Strahlungssymptome". An den hohen Strahlendosen sind Reimers zufolge damals 28 Kraftwerksmitarbeiter gestorben.

Im Nachhinein ärgert sich der Nuklearmediziner über die Berichterstattung mancher Medien über das japanische Reaktorunglück. Namentlich den Bericht "eines öffentlich-rechtlichen Senders in Mainz", der kurz nach dem Unglück die Verbrennung zweier Arbeiter durch strahlendes Material gezeigt habe, bezeichnet Reimers offen als "Fälschung": "So etwas gibt es gar nicht. Derartige Verbrennungen zeigen sich erst nach ein paar Tagen!"

Ihr Wissen um die Auswirkungen von Strahlen beziehen Nuklearmediziner vor allem aus Japan: aus der lebenslangen Beobachtung der Überlebenden der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die US-Amerikaner diese beiden Städte bombardiert. Aufgrund der Daten wurde die Faustformel aufgestellt: Schwere Krankheiten sind ab einem Strahlenwert von einem Sievert zu erwarten. Pro Sievert (also 1000 Millisievert) Strahlendosis kommt es zu zehn Prozent mehr Krebsfällen.

In Fukushima sei mit einer Erhöhung der eindeutig zuzuordnenden Krebsfälle um 0,05 bis 0,1 Prozent zu rechnen, analysiert Reimers. In der Realität sei dieser Anstieg kaum fassbar. Zumal in Japan - wie auch in Deutschland - rund 25 Prozent der Bevölkerung in ihrem Leben an Krebs erkrankten.



ENERGIE-INFO

SEITE 61

Generell, sagt Reimers, werde das "Krebsrisiko bei nuklearen Strahlen in der Öffentlichkeit überschätzt". Allerdings sei von der kurzfristigen Strahlenbelastung zum Zeitpunkt eines atomaren Unfalls klar die dauerhafte niedrigschwellige Strahlung zu unterscheiden. Wichtig ist: Hier gibt es keine eindeutig Krankheiten auslösende Schwellendosis. Auch addieren sich die Strahlungsdosen. Leukämie (Blutkrebs) beispielsweise, aber auch Herz-Kreislauf-Probleme oder Immunschwäche sind auf das Dauerbombardement zurückzuführen. Bei Neugeborenen kann es zu Missbildungen kommen.

In Japan sollen so viele Menschen wie möglich in ihre Häuser zurückkehren. Allerdings nur, wenn vor Ort die Lebenszeitdosis der Bewohner die Marke von 100 Millisievert nicht übersteigt. Voraussetzung dafür ist unter anderem die strikte Kontrolle von Lebensmitteln - und hier gibt es viele offene Fragen. Das Ziel der japanischen Behörden, keine massenhafte Zwangsumsiedlung der Bevölkerung wie im Falle Tschernobyls anzustreben, nennt Strahlenschützer Michel "ambitioniert, aber wohl machbar".

Die 100 Millisievert Lebenszeitdosis bedeuten Michel zufolge, dass sich die Krebsrate wohl um einen Prozentpunkt erhöhen wird. Die japanischen Behörden wägen offensichtlich das Strahlenrisiko gegen die gleichfalls gravierenden psychologischen Belastungen ab, die der Verlust der Heimat insbesondere für ältere Menschen darstellen kann.

Die Rückkehr der Bewohner wird freilich nur dann möglich sein, wenn zuvor in Fukushima-Daiichi nicht erneut Schlimmes passiert. Wie zum Beispiel ein Erdbeben.

ZUR SACHE: Schäden am AKW

Die Atomanlage Fukushima-Daiichi besteht aus sechs Reaktorblöcken. Sehr wahrscheinlich sind die Sicherheitsbehälter der Reaktorblöcke eins bis drei beschädigt. Ein solcher Behälter, auch "Containment" genannt, ist eine technische Barriere um den Reaktordruckbehälter herum. Er soll verhindern, dass bei einem Störfall radioaktive Substanzen in die Umwelt gelangen. Im Reaktorkessel wird mit uranhaltigen Brennelementen Hitze erzeugt.

Die Schäden am Sicherheitsbehälter und die darauf folgende Gasentwicklung sind wohl der Grund dafür, dass es zu massiven Explosionen in vier Reaktorblöcken kam. In den Blöcken eins bis drei sind wohl zumindest Teile des Reaktorkerns geschmolzen. In den Blöcken eins bis vier fiel zudem die Kühlung der Lagerbecken für Brennelemente aus. Indes waren die Brennelemente von Block eins wegen Wartungsarbeiten bereits ein Jahr vor dem Tsunami ausgelagert worden, weshalb dort die Lage weniger kritisch ist.

Rheinpfalz vom 27.2.12



Fukushima-Atomunglück lässt US-Politiker kalt

Das Atom-Unglück im japanischen Fukushima hat in der US-Energiepolitik keine Wende gebracht. 33 Jahre nach dem schweren Unfall im Atommeiler von Three Mile Island in Pennsylvania ist nun sogar ein de facto bestehender AKW-Baustopp aufgehoben worden. Wie in der Freitagsausgabe kurz berichtet, hat das US-Energieversorgungsunternehmen Southern Company die Genehmigung für den Bau zweier neuer Atomkraftwerke im Bundesstaat Georgia erhalten. Die Entscheidung fiel in der staatlichen Regulierungskommission mit vier zu eins Stimmen. Eine im Januar veröffentlichte staatliche Studie hatte zwar nahegelegt, dass US-Kernkraftwerke in vermeintlich sicheren Regionen stärker von Erdbeben bedroht sind als angenommen. Dies wurde aber in der Öffentlichkeit wenig beachtet und hat die Fachpolitiker auch nicht abgeschreckt, in Zukunft auf Nuklearenergie zu setzen.

Die zwei US-Reaktoren einer neuen Generation sollen angeblich besonders sicher sein, unter anderem dank eines Notkühlungssystems, das mithilfe der Schwerkraft auch dann funktioniert, wenn alle Pumpen ausfallen. Der eine Regulierer, der gegen die Genehmigung stimmte, bemängelte allerdings, dass die Erfahrungen aus Fukushima noch nicht genügend ausgewertet seien. Die Kernenergie gehört zu einem der wenigen Bereiche, bei dem sich die im US-Kongress so zerstrittenen Parteien der Demokraten und Republikaner einig sind. Auch US-Präsident Barack Obama, ein Demokrat, hat sich neben den grünen Energien immer für die Atomkraft ausgesprochen. Für die neuen AKW stehen deshalb rund 6,3 Milliarden Euro an Bundesgarantien zur Verfügung.

Zu Beginn seiner Amtszeit nannte Obama oft das Argument, mit Atomkraft den Kohlendioxidausstoß zu vermindern. Inzwischen begründet er den Ausbau der Kernenergie eher damit, dass er die einheimische Energiewirtschaft fördere. Dank einer nicht nur von führenden Ökologen scharf kritisierten neuen Fördermethode sind in den Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahren erhebliche neue Uranvorkommen erschlossen worden. Dabei wird in die Tiefe gepumptes Wasser zum "Bohren" benutzt.

Den gesetzlichen Rahmen für den Bau neuer Kernkraftwerke gibt es schon seit Jahren. Barack Obama konnte nahtlos an die Vorarbeiten der US-Nuklearbehörde anknüpfen, die unter seinem Amtsvorgänger George W. Bush vorangetrieben worden waren: Die USA sind also in einer völlig gegensätzlichen Situation zu Deutschland: Die Washingtoner Politik treibt die Stromerzeuger zur Nutzung der Atomkraft sogar an. Die Zahl der beantragten Anlagen liegt allerdings deutlich unter den Vorhersagen einer "nuklearen Renaissance". Die wichtigsten Hemmschuhe für den Bau neuer Anlagen waren in den vergangenen Jahren der in der Rezession gesunkene Elektrizitätsbedarf und die gesunkenen Strompreise. Ursprünglich hatten die Kraftwerksbetreiber auch damit gerechnet, dass ein Handel mit Kohlendioxidzertifikaten nach europäischem Muster eingeführt würde. Dessen Scheitern im Kongress hat die Kernenergie weniger wirtschaftlich gemacht.



Ein Überschuss an billigem amerikanischem Erdgas hat die Energieerzeuger in jüngster Zeit zudem verstärkt auf diesen Rohstoff zurückgreifen lassen. Dass es trotz dieser wirtschaftlichen Probleme und nach den Erfahrungen in Fukushima eine Genehmigung für neue Atomanlagen gibt, ist auch ein demonstratives politisches Zeichen. Energiepolitik ist Machtpolitik. Sie bringt Jobs, hilft also Wahlen zu gewinnen. Jüngstes Beispiel: Die Republikaner halten eine umstrittene Pipeline von den Ölsandvorkommen in Kanada nach Texas sogar für so populär, dass sie US-Präsident Obama mit allen politischen Kniffen zwingen wollen, das „Keystone-XL-Projekt“ zu genehmigen.

Rheinpfalz vom 11.2.12

"Grüne Wiese" nicht vor 2050

Ein Jahr nach dem Abtransport der hochradioaktiven "Atomsuppe" gibt es neuen Ärger um strahlende Abfälle aus der stillgelegten Wiederaufbereitungsanlage (WAK): Im Zwischenlager der "Hauptabteilung Dekontaminationsbetriebe" (HDB) für schwach- und mittelaktiven Atommüll wird es eng. Eigentlich hätte seine Kapazität bis zum Beginn der Abtransporte ins Endlager "Schacht Konrad" bei Salzgitter 2014 ausreichen sollen.

Aber "Konrad" wird frühestens 2019 fertig. Es zeigt sich, dass beim Rückbau der Karlsruher Forschungsreaktoren und der WAK mehr Abfall entsteht als geplant. Jetzt wird nachgerechnet, ob der Platz in der HDB bis 2019 ausreicht. "Wahrscheinlich reicht er nicht", fürchtet WAK-Sprecher Peter Schira: Damit kein Müllstau den Rückbau ausbremst, benötige man nicht nur Lagerraum, sondern auch Flächen, um die Endlager-Transporte zusammenzustellen. Weil dafür rund um die HDB kaum Platz sei, wolle man das Gelände der Wiederaufbereitungsanlage als Ausweichfläche und mögliches Pufferlager vorhalten.

Für Linkenheim-Hochstetten eine Hiobsbotschaft: Nach bisheriger Planung sollte auf dem WAK-Areal 2023 die "Grüne Wiese" sprießen, die Gemeinde wollte dort ein Kongresshotel bauen. Ein Pufferlager würde diese Pläne auf Jahrzehnte blockieren, selbst wenn Schacht Konrad 2019 pünktlich eröffnet wird. Das Endlager kann aber immer nur begrenzte Mengen aufnehmen und die WAK wird dort nicht der einzige Anlieferer sein, wenn Deutschlands Stromversorger ihre Kernkraftwerke abreißen. So dürfte sich der Abtransport aus Karlsruhe sogar über das Jahr 2050 hinausziehen. Der Bebauungsplan für das WAK-Gelände, den die Gemeinde im März auf den Weg bringen wollte, macht auf solch lange Sicht keinen Sinn. Damit wankt auch eine Säule der Vereinbarung, die im November den Weg für einen Laborneubau des Europäischen Instituts für Transurane (ITU) geebnet hatte: Linkenheim-Hochstetten hatte sich eine rechtsverbindliche Garantie ausbedungen, dass auf seiner Gemarkung weder das ITU, noch das Karlsruher Institut für Technologie oder die WAK neue atomrechtliche Genehmigungen beantragen, die nicht mit dem Rückbau der Altanlagen in Verbindung stehen. Diese Zusage wird die WAK aber vorerst nicht geben.



Linkenheim-Hochstettens Bürgermeister Günther Johs fragt sich jetzt, warum die WAK erst so spät mit den Gemeinden über den Müllstau redet: "Entweder war man bei der Planung zu sorglos oder man wusste längst Bescheid und musste die Information herausrücken, bevor wir einen rechtskräftigen Bebauungsplan haben." So weit wie die Karlsruher Bürgerinitiative Müll und Umwelt, die das Mediationsverfahren rund um das ITU damit als Schwindel entlarvt sieht, geht Johs nicht: Immerhin habe es wichtige Informationen erbracht, eine öffentliche Diskussion angestoßen und das ITU dazu bewegt, die beantragten Mengen radioaktiver Stoffe massiv zu senken.

Seine Gemeinde erwarte feste Zusicherungen hinsichtlich eines vernünftigen Zeithorizonts - schlimmstenfalls müsse ein Richter entscheiden. Das Umweltministerium will die atomrechtliche Genehmigung für das ITU-Labor wie geplant Ende Februar erteilen: Weder gehe es bei der WAK um "neue kerntechnische Aktivitäten", noch sei ein neues Zwischenlager geplant. Spekulationen, Abfälle aus dem Rückbau von Kernkraftwerken sollen hier gelagert werden, seien "nicht nachvollziehbar".

Zur Sache: "Hauptabteilung Dekontaminationsbetriebe"

Die Hallen der "Hauptabteilung Dekontaminationsbetriebe" (HDB) im Norden Karlsruhes sind die größten Gebäude auf dem Campus-Nord des KIT in Eggenstein-Leopoldshafen.

Hier liegen derzeit rund 62.000 Kubikmeter Atommüll, mehr als in jeder anderen oberirdischen Anlage in Deutschland. Es ist schwach- bis mittelaktiver Abfall, der anders als Brennstäbe oder "Glaskokillen" fast oder gar keine Wärme abgibt. Der Löwenanteil stammt aus dem Rückbau der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe und der Reaktoren des ehemaligen Kernforschungszentrums.

Eine geringe Menge kommt über die Landessammelstelle Baden-Württemberg aus Gewerbe, Medizin oder Forschung. Enthalten ist alles vom gebrauchten Strahlenschutzanzug über Laborreste, Werkzeug, Lösemittel oder Filter bis zu massiven Beton- und Stahlteilen.

In den Spezialwerkstätten der Dekontaminationsbetriebe werden radioaktive Anhaftungen so weit wie möglich entfernt, sodass ein Großteil des Materials danach konventionell entsorgt oder wieder verwertet werden kann. Der Rest wird unter Hochdruck verpresst, verbrannt, eingedampft oder zementiert und in Fässern oder Containern zum Abtransport ins Endlager "Schacht Konrad" bei Salzgitter vorbereitet. Das Endlager jedoch lässt seit Jahrzehnten auf sich warten, sodass die HDB in den vergangenen 20 Jahren mehrfach erweitert werden musste und nun schon wieder zu 80 belegt ist.

Rheinpfalz vom 20.2.12



Fukushima mahnt: Energiewende nicht abwürgen

In einem Schreiben an die rheinland-pfälzischen Bundestags- und Landtagsabgeordnete fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz die Parlamentarier dazu auf, sich für den Erhalt von zehntausenden von Arbeitsplätzen in der Solarenergie-Branche einzusetzen. Anlass für diesen Appell sind die geplanten Änderungen des Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG). Die von der Bundesregierung vorgesehene kurzfristige und drastische Senkung der Einspeisevergütung führe bereits jetzt zu massenhaften Stornierungen bei den Installationsfirmen und ersten Kündigungen.

Die neuen Pläne der schwarzgelben Bundesregierung stoßen auch hinsichtlich des Jahrestages des Atomunfalls in Fukushima am 11.3.2012 auf großes Unverständnis. Hatte doch die Atom-Katastrophe in Japan den Richtungswechsel der Bundesregierung hin zum Atomausstieg erst ausgelöst. Nicht einmal ein Jahr danach, solle nun die Energiewende gebremst, wenn nicht sogar verhindert werden. „Dies soll nur den Interessen der vier großen Energiekonzerne dienen, und wir befürchten, dass dann bald wieder gefordert wird, Atomkraftwerke am Netz zu lassen“, empört sich Egbert Bialk, Mitglied im BUND-Landesvorstand.

„Umso wichtiger ist es, dass wir weiter auf die Straße gehen und zeigen, dass die Anti-AKW-Bewegung weiterhin für den Atom-Ausstieg und für die Energiewende kämpft. Ein Aus der Energiewende durch falsche politische Weichenstellungen nehmen wir nicht hin“, betont Bialk. „Atomkraft ist und bleibt hochgefährlich. Alle restlichen AKW in Deutschland und besonders auch im nahen Cattenom müssen schnellstens vom Netz.“

BUND-Pressemitteilung vom 29. März 2012 (gekürzt)

Minister Rösler im Sondereinsatz gegen die eigenen Beschlüsse

Unter dem Eindruck der Kernschmelzen von Fukushima vollzog die schwarzgelbe Koalition im Sommer 2011 eine spektakuläre Wende ihrer Energiepolitik. Einige bereuen das. Ganz vorn der Bundeswirtschaftsminister.

Es war kurz vor Weihnachten 2011. Mit zweimonatiger Verspätung genehmigte die Bundesnetzagentur (BNetzA) den so genannten Szenariorahmen. Der ist wichtig, weil er die Grundlage bildet für das Stromnetz der Energiewendezeit. In dem Papier haben die Betreiber der großen Stromübertragungsnetze - eng angelehnt an regierungsamtliche Zielvorgaben - die Entwicklung unserer fossilen und erneuerbaren Kraftwerkskapazitäten bis 2022 und 2032 ermittelt. Der Zahlenspiegel soll die Basis bilden für den Um- und Ausbauplan unserer Stromnetze im Rahmen der Energiewende.



ENERGIE-INFO

SEITE 66

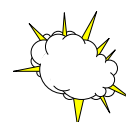
Ausdrücklich lobte Matthias Kurth, der inzwischen abgelöste Präsident der Netzagentur, den gesellschaftlichen Konsultationsprozess, der die Verabschiedung des Szenario Rahmens gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Netzbetreiber wesentlich verbessert habe. Aufgrund der Interventionen der DUH und anderer Verbände, von Fachleuten und Unternehmen sei, so Kurth, am Ende "eine verlässliche Grundlage für die anschließende Erarbeitung des Netzentwicklungsplans gelegt" worden.

Nicht alle waren dieser Meinung. Insbesondere nicht Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), dem die BNetzA unterstellt ist. Rösler stellte die Prognose schon wieder in Frage, als die noch keine vier Wochen genehmigt war. Im seinem so genannten Leit-szenario geht der Szenario Rahmen für 2022 von einer Solarstromkapazität von 54.000 Megawatt aus. Damit liegt er nicht einmal höher als der "Nationale Aktionsplan für erneuerbare Energien", den die Bundesregierung im August 2010 - noch vor Fukushima und vor der Rücknahme der Laufzeitverlängerung - an die EU-Kommission gemeldet hatte.

Quasi im Handstreich brachte Rösler im Januar ein neues Ziel ins Gespräch: 20.000 Megawatt weniger Photovoltaik-Leistung sollte in Deutschland installiert werden, das entspricht etwa der Leistung aller 17 deutschen Atomkraftwerke vor Fukushima. 34.000 Megawatt bis 2020, statt 54.000 Megawatt bis 2022. Energiewende? Mit Rösler höchstens mit angezogener Handbremse. Der FDP-Minister erhielt dennoch Beifall für seinen Affront gegen die Arbeit der eigenen Fachbehörde - von allen, die die Energiewende schon immer bekämpft hatten. Am Ende einigte sich Rösler mit Umweltminister Röttgen auf einen Zubau, der voraussichtlich um etwa 10.000 Megawatt unter dem Leitszenario der Netzagentur liegt. Eine verlässliche Energiepolitik sieht anders aus.

Die Steilvorlage für den Vorschlag einer brutalen Deckelung des Photovoltaik-Zubaus hatte dem FDP-Vorsitzenden übrigens eine Jahresendrallye geliefert, die die im Jahr 2011 neu installierte Solarstromkapazität auf einen Rekord von mehr als 7.000 Megawatt getrieben hatte. Auslöser für den Boom: Erstens ein 15-prozentiger Abschlag auf die Solarstromvergütung für nach dem Jahreswechsel errichtete Photovoltaik-Anlagen. Zweitens eine von den Spitzen der schwarz-gelben Bundestagsfraktionen im Herbst 2011 entfachte unselige Diskussion über drastische zusätzliche Kürzungen der Solarförderung im Jahr 2012.

Leider ist Röslers Sondereinsatz gegen den Sonnenstrom kein Ausrutscher, sondern offensichtlich Teil eines von der FDP und vom Wirtschaftsflügel der Unionsfraktion inszenierten Roll-Backs der Energiewende. Abgeordnete, die im Sommer 2011 auf Weisung der Kanzlerin für die Energiewende gestimmt hatten, sind nun Tag für Tag im Einsatz für die alte Energiewirtschaft - und gegen ihre eigenen Beschlüsse.



Das gilt auch für die entscheidende Frage einer effizienten Energienutzung. Hier einigten sich die Minister Rösler und Röttgen nach monatelanger gegenseitiger Blockade auf eine einheitliche Position - zu Lasten von EU-Kommissar Günther Oettinger, der mit seinem Vorschlag einer EU-Richtlinie erstmals Energieeffizienz in allen EU-Mitgliedstaaten verpflichtend machen wollte.

Die Bundesregierung will genau dies nun nicht und "beraubt die Energieeffizienzrichtlinie des entscheidenden Elements", wie das Öko-Institut fast schon resignierend analysiert. Nach Jahrzehnten fruchtloser Diskussionen sollte die Richtlinie unter anderem Energieunternehmen dazu verpflichten, in Zukunft nicht mehr nur mit dem Verkauf von Energie Geld zu verdienen, sondern auch mit deren Einsparung.

Pikant an der deutschen Haltung: Die Effizienzrichtlinie soll sicherstellen, dass das EU-Effizienzziel von 20 Prozent bis 2020 nicht in immer weitere Ferne rückt. Gegen großen Widerstand anderer Mitgliedstaaten durchgesetzt hatte das Ziel Angela Merkel. Während der deutschen EU-Präsidentschaft 2007.

Die Österreich-Legende

Als deutsche Stromversorger im Eiswinter 2012 dem Nachbarn im Westen, mit seinen fast 80 Prozent Atomstrom, aus akuter Stromnot halfen, verdienten sie bestens daran. Schlecht gedämmte Häuser, elektrisch beheizt, machten bei Extremkälte den Strom knapp - 55 Atomkraftwerke hin oder her. Eben zu diesem Zeitpunkt beschworen Regierungspolitiker die Stromlücke, die hierzulande wegen des Atomausstiegs immer näher rücke. Deutschland, meldeten mehrere Zeitungen und der Bundesverband der Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft (BDEW) im Januar, sei nur mit Hilfe österreichischer Reservekraftwerke vor einem Blackout bewahrt worden.

Eine Falschmeldung, wie die DUH wenig später aufdeckte. Tatsächlich waren exakt zu der Zeit als sich der Netzbetreiber Tennet den Strom aus Österreich holte, mehrere große Kraftwerke in Bayern und Südhessen mit einer Gesamtleistung von über 1.000 Megawatt gar nicht angefahren worden. Der Strom aus Österreich war billiger. Kühle Betriebswirtschaft, nicht Stromknappheit hatte zum Einsatz der in das deutsche Netz integrierten österreichischen Kraftwerke geführt.

DUHwelt 1/2012

"test" entlarvt grüne Schummelei

Die Stiftung Warentest hat Ökostromtarife analysiert. Danach nutzen nur 13 von 19 untersuchten Angeboten der Umwelt: Nur bei diesen Tarifen investiert der Lieferant in neue Wind- oder Wasserkraftanlagen.



"Sehr stark" ökologisch engagiert und zusätzlich mit "guten" Vertragsbedingungen sind dem Testbericht zufolge die Tarife der unabhängigen Ökostromanbieter EWS Schönau, LichtBlick und NaturStrom. Auch Greenpeace Energy ist nach Ansicht der Tester stark engagiert". Allerdings erreichen die Tarifbedingungen der Umweltschützer nur ein "befriedigend".

Nur bei diesen vier unabhängigen Ökostromanbietern fließen Gewinne nicht automatisch an ein Unternehmen, das auch Atom- und Kohlestrom verkauft. Es gibt auch bei konventionellen Energieversorgern Tarife, die ein sehr "starkes" oder "starkes" ökologisches Engagement des Anbieters erkennen lassen. Sieben engagieren sich hingegen nur schwach". Die vollständigen Ergebnisse finden sich im "Test"-Heft Februar 2012.

Energiedepesche 1-2012

Engpässe bei der Energieversorgung

Die Kälte geht, doch die Situation bei der Strom- und Gasversorgung in Deutschland bleibt vorerst angespannt. Die Gaslieferungen aus Russland lagen auch zum Wochenbeginn weiterhin unter den vereinbarten Mengen und führten zu vereinzelt Engpässen bei der Versorgung in Deutschland, wie Sprecher der großen Gasimporteure gestern mitteilten. Auch bei Strom mussten Netzbetreiber weiter auf Reservekraftwerke zurückgreifen. "Die Situation bei Strom und Gas ist angespannt, aber beherrschbar", sagte eine Sprecherin der Bundesnetzagentur. Die größten Probleme gab es trotz des Atomausstiegs nicht bei Strom-, sondern bei Gas.

Mehrere Gaskraftwerke in Süddeutschland arbeiteten nach Angaben des Netzbetreiber Tennet wegen der Lieferengpässe mit verminderter Leistung oder standen still. Dabei verfügt Deutschland dank riesiger unterirdischer Speicher über genügend Reserven, um die fehlenden Liefermengen auszugleichen. Doch gelingt es offenbar nicht immer, das Gas dorthin zu transportieren, wo es benötigt wird. "Wir haben kein Mengenproblem, sondern ein Transportproblem", sagte ein Sprecher des größten deutschen Gasimporteurs Eon Ruhrgas.

Laut Netzbetreiber Tennet waren auch gestern drei Kraftwerke der "eisernen Reserve" am Netz. Dies sei notwendig, da einige Gaskraftwerke aufgrund von Lieferengpässen nicht oder nur in verringertem Maß Strom lieferten und weil in Baden-Württemberg zwei Heizkraftwerke wegen Störungen ausgefallen seien. Außerdem rechneten die Stromnetzbetreiber wegen des bedeckten Himmels und des schwachen Windes mit eher niedrigen Beiträgen der erneuerbaren Energien zur Stromproduktion. Der Netzbetreiber hofft, dass sich die Situation mit ansteigenden Temperaturen entspannt.

Rheinpfalz vom 14.2.12



Kein Geld für Energieeffizienz

Die Energiewende wird von der Bundesregierung verschleppt, anstatt sie wie versprochen schnell voranzutreiben. Ein wichtiger Baustein, die Steigerung der Energieeffizienz, ist anders als zugesagt noch gar nicht angegangen worden. Die Regierung hatte schon für 2011 einen Aktionsplan beschlossen, der längst hätte umgesetzt werden sollen. Darin waren auch neue Gelder für bessere Energieeffizienz vorgesehen. Zum Beispiel für Energie- und Stromsparschecks für private Haushalte und Verbraucherinformationen. Darüber hinaus sollten neue Techniken durch Zuschüsse an kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden: zum Beispiel Motoren, Pumpen, Kälteanlagen und IT, die beim Energiesparen helfen. Doch bislang ist nichts passiert.

"Das ist Arbeitsverweigerung." Denn das dafür verantwortliche Bundeswirtschaftsministerium hat noch nicht einmal die nötigen Förderrichtlinien erlassen. In der Antwort auf eine Anfrage der Grünen- Bundestagsabgeordneten Ingrid Nestle schrieb Ende vergangener Woche Peter Hintze, der Staatssekretär im Ministerium: "Die Förderrichtlinien sind in Vorbereitung und werden im Laufe dieses Jahres erlassen."

Ohne Förderregeln kann natürlich auch kein zusätzliches Geld ausgeschüttet werden. Die Beträge, um die es geht, sind erheblich: 2011 hätten 118 Millionen Euro aus dem Energie- und Klimafonds dafür ausgegeben werden sollen. Tatsächlich wurden laut Wirtschaftsministerium aber nur 9,4 Millionen Euro bereitgestellt - mittels alter Programme, für die keine neuen Richtlinien notwendig sind. Für 2012 sind 110 Millionen vorgesehen, die nun mangels Regeln bislang ebenfalls nicht ausgegeben werden können. Dabei hatte die Bundesregierung im September beteuert, sich zu beeilen. Damals hieß es auf Anfrage, die Richtlinien würden "sobald wie möglich" veröffentlicht.

Die Grünen-Abgeordnete Nestle, die bei der Regierung nachgehakt hatte, ist über die Verzögerung verärgert: "Es ist atemberaubend stümperhaft, dass diese Regierung noch nicht einmal ihre eigenen Fördergelder einsatzfähig machen kann", sagte sie. Sie frage sich, wie die Regierung die Energiewende schaffen wolle, wenn sie noch nicht einmal rechtzeitig Richtlinien erlasse. Die Untätigkeit könne nur noch mit dem Wort "Arbeitsverweigerung" beschrieben werden.

Beim Klimafonds der Regierung reiht sich damit Panne an Panne. Insgesamt sind für den Fonds 2012 Ausgaben von 780 Mio. Euro vorgesehen. Neben der Energieeffizienz soll damit zum Beispiel die Elektromobilität vorangebracht werden. Doch das Finanzministerium hat den Fonds kürzlich zunächst auf die Hälfte des Betrags gekappt, weil die Finanzierung wackelt. Denn der Klimafonds speist sich aus dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten an Unternehmen, die Klimagase emittieren. Die Preise für Zertifikate waren zuletzt aber stark gefallen. Wirtschaftsminister Rösler setzt sich darüber hinaus gegen klare Energiesparziele der EU ein, die dazu eine neue Richtlinie plant.

